



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



Das Rad neu erfinden

Verkehrspolitik im Fokus

Hupe und Gaspedal
Rowdys auf den
Straßen 1972

Plus und Minus
Der Haushalt
für 2023

Krieg und Frieden
Solidarität mit
der Ukraine

03 Meldungen

Verkehrspolitik

05 Koalition gibt „Mobilitäts-garantie“, Pendlerpauschale vor der Reform

06 Tempo bei der Anbindung der Beltquerung, Ölkatastrophe im Nord-Ostsee-Kanal

07 Nach Brokstedt: mehr Sicherheit im ÖPNV

08 Umbenennung des Landesbetriebs Straßenbau, Zukunft der Häfen

09 Bahn: Probleme zwischen Kiel und Lübeck, Elmshorn und Pinneberg, an der Schlei

10 **Rückblick 1972:** „Gewalt in Chrom und Lack“ auf den Straßen



Zu viel Tempo, zu wenig Vorsicht: Um 1970 landeten erschreckend viele Autos im Straßengraben.

12 **Brokstedt:** Innenausschuss und Plenum beraten über Bluttat im Regionalzug

14 **Einfache Sprache:** Land-Tag gegen den Verkauf von Tieren im Inter-Net

15 **Minderheiten:** Patentstreit um friesisches Wort, Forschungsprojekt über Sinti und Roma

16 **Haushalt 2023:** Schlagabtausch über 16,7 Milliarden Euro



Wofür ist das Geld der öffentlichen Hand bestimmt? Die Etat-Debatte wurde erneut zur Grundsatzdiskussion.

18 **Plenum:** Silvester-Krawalle, Verschmutzung der Schlei, Frauenhäuser, Neuauflage der Gemeindegewalt, Verbot von Einweg-E-Zigaretten, Experimentierklausel für Schulen, Schutz für Menschenrechtsaktivisten, Kosten des Schulbesuchs, Umgang mit ChatGPT

22 **Die Seite für das Ehrenamt**

23 Blick auf die Kommunalwahl am 14. Mai

24 **Personalien**

26 **Ukraine:** Gedenkstunde am Jahrestag des russischen Überfalls



Pressekonferenz mit der ukrainischen Generalkonsulin Iryna Tybinka und Landtagspräsidentin Kristina Herbst

27 **Gedenken:** Landtag erinnert an 90 Jahre „Machtergreifung“

28 **Meldungen**

29 **Bücher:** Wählergemeinschaften, Autonomes Fahren, die Fischer von Schleswig, Impressum

30 **Im Porträt:** Hermann Junghans (CDU), Silke Backsen (Grüne)

31 **Ins Bild gerückt:** Zu Besuch im Landeshaus

32 Termine, Termine, Termine

ZÄHLBARES

102

So viele Menschen starben 2022 in Schleswig-Holstein bei Verkehrsunfällen. 50 Jahre zuvor waren es 915.

Mehr auf den Seiten 10 und 11

Der Schnappschuss

Am 24. Februar, dem Jahrestag des russischen Überfalls, wehte die ukrainische Flagge über dem Landeshaus, wie auch auf zahlreichen anderen öffentlichen Gebäuden in Schleswig-Holstein. **Mehr auf Seite 26**

Gedenken an die Opfer von Brokstedt und des Erdbebens in der Türkei und Syrien

Am 26. Januar, dem Tag nach der tödlichen Messerattacke in einer Regionalbahn bei Brokstedt, hat der Landtag der beiden Todesopfer in einer Schweigeminute gedacht. Bei dem Angriff in einem Zug von Kiel nach Hamburg waren ein 19-Jähriger und eine 17-Jährige getötet worden, sieben Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. „Wir beginnen diese Sitzung nach furchtbaren Stunden, die Schleswig-Holstein tieferschüttert haben“, sagte Landtagsvizepräsidentin Eka von Kalben. „Schleswig-Holstein steht zusammen – an der Seite der Hinterbliebenen, an der Seite der Verletzten, für die ohne jede Vorwarnung eine Welt zusammengebrochen ist. Ihnen gilt unser ganzes Mitgefühl.“

Zum Auftakt der Februar-Tagung erinnerte Landtagspräsidentin Kristina Herbst an die zehntausenden Opfer des Erdbebens im türkisch-syrischen Grenzgebiet vom 6. Februar: „Heute sind unsere Gedanken bei den zahllosen Betroffenen dieser Katastrophe. Wir fühlen mit den Angehörigen, die Schmerz und Verzweiflung zu tragen haben.“ Auch in Schleswig-Holstein gebe es zahlreiche Menschen, deren Angehörige von der Naturkatastrophe betroffen seien.

Mehr zur Bluttat von Brokstedt auf den Seiten 7, 12 und 13.



Ukrainischer Botschafter in Kiel Parlamentpartnerschaft im Gespräch

Der Botschafter der Ukraine, Oleksii Makeiev, hat Anfang April den Landtag besucht. Dem Empfang durch Parlamentspräsidentin Kristina Herbst folgte ein Eintrag ins Gästebuch, eine Besichtigung des Plenarsaals sowie ein einstündiges Gespräch mit der Präsidentin und den Fraktionsvorsitzenden. Themen waren die aktuelle Situation in der Ukraine und die deutsche Unterstützung für das von Russland angegriffene Land. Außerdem ging es um eine mögliche parlamentarische Solidaritätspartnerschaft des Landtages mit einer Oblast (Verwaltungsbezirk) in der Ukraine. Diesen Plan hatte der Landtag in seiner März-Tagung mit einem interfraktionellen Antrag unterstützt und Parlamentspräsidentin Herbst das Mandat erteilt, entsprechende Gespräche zu führen. Botschafter Makeiev zeigte sich von der Partnerschaftsinitiative angetan. „Möge es ein Neuanfang sein für neue Partnerschaften

zwischen der Ukraine und Schleswig-Holstein“, lautet der Eintrag des Diplomaten im Gästebuch.



Botschafter Makeiev trägt sich ins Gästebuch ein. Rechts: Landtagspräsidentin Kristina Herbst.

Wortwörtlich

„In der aktuellen Energiekrise muss Deutschland alle zur Verfügung stehenden Energiekapazitäten nutzen. Ich bleibe dabei: Jede Kilowattstunde zählt.“

Zur Sicherung einer Energieversorgung, die für die Menschen bezahlbar ist und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland gewährleistet, gehört meiner Meinung nach kurzfristig auch die Kernkraft. Kein Land der Welt würde in einer so schweren Energiekrise ohne Not funktionierende Kraftwerke vom Netz nehmen.“

(Oliver Kumbartzky, FDP)

• • •

„Die Laufzeiten zu verlängern ist richtig. Wenn Klimaschutz oberste Priorität hat, muss CO₂-Reduktion oberste Priorität sein. Und dann muss CO₂-freie, grundlastfähige Stromproduktion Vorrang vor der Verstromung fossiler Brennstoffe haben. Eine preiswerte und sichere Energieversorgung, Stromversorgung ist ein wesentlicher Standortfaktor für unsere Wirtschaft.“

(Claus Christian Claussen, CDU)

• • •

„Die Eintrittswahrscheinlichkeit, einen Sechser im Lotto zu kriegen, ist 1 zu 15 Millionen. Nach neuesten Berechnungen der Max-Planck-Gesellschaft ist diese für einen Super-GAU in einem AKW 1 zu 3.600. Atomkraft ist keine sichere Energie. Das Bauen von Atomkraftwerken hatte seinen Boom in den 1970er Jahren. An diese Zeit hat meine Generation schöne Erinnerungen: Es ging uns ja so gut. Aber wir lebten auf Kosten der heutigen jungen Generation. Und nun wollen Sie, sehr geehrte Damen und Herren der FDP, dasselbe wiederholen? Das sollte einem zu denken geben.“

(Ulrike Täck, Grüne)

• • •

„Wir bleiben bei unserem klaren Nein zur Atomenergie. Und selbst wenn wir uns auf das Gedankenspiel der FDP einlassen würden: Bei einem Weiterbetrieb über April hinaus müsste eine Neubeschaffung der Brennstäbe erfolgen. Es ist gewissermaßen eine Neukonfektionierung der Anlagen. Die Beschaffung der neuen Brennstäbe dauert bis zu 18 Monaten und ist teuer. Der Aufwand für den Weiterbetrieb ist aus sicherheitstechnischen Erwägungen nicht zumutbar.“

(Marc Timmer, SPD)

• • •

„Eine Industrie, die zehn Jahre lang zurückgebaut wurde, nun als Schlüssel zu einer sicheren Energieversorgung darzustellen, ist Augenschein. Nicht nur tragen die drei verbliebenen Kernkraftwerke nur mit einem geringen Prozentsatz zur Stromversorgung in Deutschland bei, auch würde eine Verlängerung der Kernkraftwerke bedeuten, dass wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien massiv ausbremsen.“

(Sybilla Nitsch, SSW)

Aus der Debatte am 22. Februar über die FDP-Forderung nach längeren Laufzeiten für die deutschen Atomkraftwerke.

Am 15. April gehen die letzten drei AKW endgültig vom Netz.

Gesetz zum Finanzausgleich muss neu gefasst werden

Der Kommunale Finanzausgleich in Schleswig-Holstein muss zum Teil neu geregelt werden. Das hat das Landesverfassungsgericht in Schleswig Mitte Februar entschieden. Nun muss der Landtag das Finanzausgleichsgesetz (FAG) bis Ende 2024 überarbeiten. Kernpunkt: Der Bedarf der sogenannten zentralen Orte muss neu ermittelt werden. Bis zur Neuregelung sind die alten Vorschriften weiter gültig (Az.: LVerfG 5/21).

Rund 100 amtsangehörige Gemeinden hatten gegen die bisherige Ausgestaltung des FAG eine Verfassungsbeschwerde eingereicht. Die Gemeinden bemängelten unter anderem, dass der Gesetzgeber ihren tatsächlichen Finanzbedarf nicht richtig ermittelt habe. Das Landesverfassungsgericht stellte nun klar, dass es mit der Landesverfassung vereinbar sei, wenn der Gesetzgeber die besonderen Bedarfe der zentralen Orte beim Finanzausgleich berücksichtigt. Die konkrete Gesamthöhe der Zuweisungen an die zentralen Orte wurde nach Ansicht des Gerichts jedoch nicht korrekt und bedarfsorientiert ermittelt.

Über den Kommunalen Finanzausgleich sollen Städte und Gemeinden mit ihren unterschiedlichen Strukturen finanziell gerecht ausgestattet werden. Dafür erhalten sie vom Land Geld, das nach bestimmten Regeln verteilt wird. Für das Jahr 2023 beträgt die Finanzausgleichsmasse rund 2,5 Milliarden Euro. Zentrale Orte bekommen Extrageld für überörtliche Aufgaben, etwa Kindertagesstätten, Schulen, Sportanlagen und Feuerwehren. 2023 sind dies insgesamt rund 343 Millionen Euro. In Schleswig-Holstein gibt es 132 zentrale Orte und Stadtrandkerne. Hier leben rund 70 Prozent der Bevölkerung des Landes.

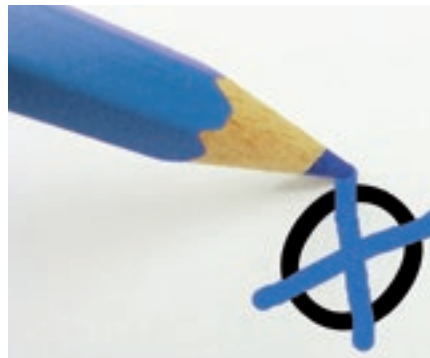
**Mehr zur
Kommunalpolitik auf
den Seiten 22 und 23**



Landtag weist Einsprüche gegen das Wahlergebnis zurück

Der Landtag hat Ende Februar einstimmig mehrere Einsprüche gegen die Gültigkeit der Landtagswahl vom 8. Mai vergangenen Jahres zurückgewiesen. Einer der Beschwerdeführer hat sich daraufhin an das Landesverfassungsgericht in Schleswig gewandt. Die Beschwerde richtet sich gegen die Fünfprozenthürde. Das Parlament hat Ende März seinen Standpunkt bekräftigt, „dass die Wahlprüfungsbeschwerde zurückzuweisen ist“.

Bei der Ablehnung der Einsprüche folgte der Landtag der Einschätzung des Landeswahlleiters Tilo von Riegen. Auch der Innen- und Rechts-



ausschuss hatte sich mit dem Thema befasst und eine Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes eingeholt. Die Parlamentsjuristen hatten die Einsprüche ebenfalls als unbegründet eingeschätzt.

Insgesamt gab es vier Einsprüche gegen die Wahl vom Mai 2022. Neben der Fünfprozent-Sperrklausel ging es um eine angebliche Maskenpflicht in einigen Wahllokalen, um vorgebliche Wahlmanipulationen seitens der Landesregierung und der Medien sowie um eine vermeintlich zu große räumliche Distanz, die Beobachter in einigen Fällen zu den Stimmauszählungen gehabt hätten.

„Europeada“: Fußball-EM der Minderheiten 2024 im Grenzland

Das deutsch-dänische Grenzland wird im Sommer 2024 Gastgeber einer Fußball-Europameisterschaft: der „Europeada“, des Wettstreits der nationalen Minderheiten. Damit das Turnier ein Erfolg wird, benötigen die Organisatoren Geld. Das wurde Ende Februar beim Treffen des Nordschleswig-Gremiums im dänischen Kollund deutlich.

Die „Europeada“ soll im kommenden Jahr vom 28. Juni bis 7. Juli über die Bühne gehen, parallel zur „großen“ UEFA-Europameisterschaft in Deutschland. Es werden rund 30 Damen- und Herrenteams erwartet. Bei den vorherigen Veranstaltungen waren etwa die Manx von der britischen Isle of Man, die Rätromanen aus der Schweiz und die Lausitzer Sorben aktiv, die Sieger kamen meist aus Südtirol. Auch Nordfriesen, Nordschleswiger und in Deutschland lebende Dänen waren am Ball. Das Turnier wird seit 2008 alle vier Jahre ausgespielt, zuletzt war Kärnten/Koroska in Österreich der Austragungsort.

Diese Veranstaltung habe rund 350.000 Euro gekostet, so Uwe Jessen, Generalsekretär des Bundes Deutscher Nordschleswiger, bei der Sitzung

in Kollund. Zwar habe der Bund 100.000 Euro zugesagt und es seien Sponsorengelder zu erwarten, aber die Veranstalter hofften auch auf Unterstützung aus Fördertöpfen des Landes, so Jessen. Nord- und Südschleswiger, Friesen sowie Sinti und Roma wollen das Projekt gemeinsam stemmen. Sie haben eine Projektgruppe eingerichtet und einen Projektleiter berufen, der die Finanzierung organisieren soll. Landtagspräsidentin Kristina Herbst, Vorsitzende des Nordschleswig-Gremiums, lobte, dass der Sport im Grenzland als „Integrationsmotor“ angesehen werde. In dem Gremium kommen Abgeordnete aus Landtag und Bundestag sowie Vertreter der Landesregierung zweimal jährlich mit Repräsentanten der deutschen Minderheit in Dänemark zusammen.

**Mehr zur
Minderheitenpolitik
auf Seite 15**





Abzweigungen in alle Ecken des Landes – die Weichen in der Verkehrspolitik sollen neu gestellt werden.

Koalition gibt „Mobilitätsgarantie“ ab – Opposition zeigt sich skeptisch

Bus und Bahn bis in jedes Dorf: Das Land will den Öffentlichen Nahverkehr ausbauen und deutlich attraktiver gestalten. Ziel sei es, „jeden Ort Schleswig-Holsteins verlässlich und regelmäßig von früh bis spät an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) anzubinden“, heißt es in einem Antrag der Koalitionsfraktionen. Um diese „Mobilitätsgarantie“ in die Tat umzusetzen, soll die Landesregierung Gespräche mit den Verkehrsunternehmen und den Kommunen führen. Eine schöne Idee – aber utopisch, hieß es Ende Februar bei der Opposition.

Fahrgäste müssten „von früh bis spät von A nach B kommen, egal wo A und B liegen“, so Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen (parteilos): „Wir brauchen mehr Haltestellen, mehr Linien und eine bessere Taktung.“ Zurzeit gebe es gerade auf dem Land wenig Anreiz, das Auto stehen zu lassen. Die Garantie werde aber „nicht von heute auf morgen im ganzen Land“ eingehalten werden können, betonte der Minister. Vorbild sei das Modellprojekt „Schleimobilität“, sagte Nelly Waldeck (Grüne). Dort fördert der Bund mit 29 Millionen Euro eine Taktverdichtung des Linienverkehrs. Außerdem sind neue Tourismus-Linien, Bike- und Car-Sharing sowie On-Demand-Angebote vorgesehen. „Dass ländliche Regionen vom

ÖPNV abgeschnitten sind, ist kein Naturgesetz“, unterstrich Waldeck.

Es sei ein großes Ziel, mehr Verkehre auf den ÖPNV zu verlagern, merkte Claus Christian Claussen (CDU) an: „Um es zu erreichen, bedarf es einer großen Anstrengung und Abstimmung aller Beteiligten, insbesondere auch der Kommunen.“ Bernd Buchholz (FDP) meldete Zweifel an: „Sie legen diesem Verkehrsminister eine Latte hin, unter der er nur durchlaufen kann.“ Er rief die Landesregierung auf, sich eine Frist zu setzen, bis wann das Vorhaben umgesetzt werden soll. Der SSW stimmte als einzige Fraktion gegen den schwarz-grünen Plan. „Das klingt auf den ersten Blick zwar großartig“, so die

Abgeordnete Sybilla Nitsch. Aber das Streckennetz müsste massiv ausgebaut und modernisiert werden, stillgelegte Strecken müssten reaktiviert werden, und das bei dem bestehenden Personalmangel bei Lokführern, Busfahrern und Gleisarbeitern: „Das bleibt auf absehbare Zeit in Schleswig-Holstein eine Utopie.“

SPD fordert „Bildungsticket“

Die Sozialdemokraten schlugen außerdem ein „Bildungsticket“ als Ergänzung zum 49-Euro-Ticket vor, das am 1. Mai an den Start geht. Schüler, Azubis, Studenten und Freiwilligendienstler sollen nach Willen der SPD für 365 Euro im Jahr bundesweit den ÖPNV nutzen können – das wären 30,40 Euro pro Monat. Die Differenz zum 49-Euro-Ticket, also 18,60 Euro, soll das Land übernehmen. „Seit dem Neun-Euro-Ticket wissen wir, wie wichtig ein attraktiver Fahrpreis ist“, sagte Niclas Dürbrook (SPD). Die Koalition will junge Menschen anders unterstützen: mit einem billigeren Semesterticket und einem bundesweiten Jobticket.

Pendlerpauschale: Keine Steuerentlastung ab dem ersten Kilometer

Die Berliner Ampel will die Pendlerpauschale überarbeiten. Dabei müssten Arbeitnehmer deutlich entlastet werden, fordern FDP und SSW. Ihr Antrag fand Ende Februar jedoch keine Mehrheit. Insbesondere die Grünen warnten vor Fehlanreizen.

Liberale und SSW riefen den Bund auf, die Entfernungspauschale bereits ab dem ersten Kilometer in einer Höhe von „mindestens 38

Cent pro Kilometer“ zu gewähren. Aktuell können Arbeitnehmer und Selbständige für die ersten 20 Kilometer des Arbeitsweges lediglich 35 Cent des Arbeitswegs von ihrem zu versteuernden Einkommen abziehen. Erst ab dem 21. Kilometer steigt der Satz auf 38 Cent. Diese steuerliche Ungleichbehandlung der ersten 20 Kilometer sei „völlig willkürlich“, so Annabell Krämer (FDP). „Wir sind ein Pendlerland“, betonte Lars Harms (SSW), und das Pendeln koste zurzeit „richtig Kohle“.

Während die SPD diesen Kurs unterstützte, sprach sich die Koalition dafür aus, bei der anstehenden Reform „soziale und ökologische Belange der Mobilität besser zu berücksichtigen“. Eine Anhebung auf 38 Cent sei „derzeit nicht gerechtfertigt“, so Oliver Brandt (Grüne). Denn das würde Anreize für lange Arbeitswege setzen und den „Trend zu mehr Verkehr“ fördern. Stattdessen solle der Staat Home-Office und Co-Working-Spaces fördern.

Fehmarnbelttunnel: Landespolitik fordert „Volldampf“

Das Bundesverwaltungsgericht hat Mitte Dezember die letzten Klagen gegen die Fehmarnbeltquerung abgewiesen. Nun herrsche Klarheit, und es müsse schnell gehen, hieß es Ende Januar im Landtag. Die Hinterlandanbindung müsse rasch gebaut werden, und das Land müsse die wirtschaftlichen Chancen des Großprojekts nutzen.

Darüber herrschte Einigkeit: Wenn der Tunnel zwischen Fehmarn und der dänischen Insel Lolland 2029 fertig ist und wenn die Fahrt von Hamburg nach Kopenhagen weniger als drei Stunden dauert, dann dürfe Schleswig-Holstein nicht zur „Durchfahrtsstation“ werden. „Wir müssen für Gewerbeflächenausweisungen und Wirtschaftsansiedlungen sorgen“, so Bernd Buchholz, dessen FDP die Debatte angestoßen hatte. Er sprach sich für „Großformen des Einzelhandels“ an der Strecke aus. Peer Knöfler (CDU) forderte die „Genehmigung von neuen Gewerbeflächen in den Entwicklungsräumen“, um „viele neue Arbeitsplätze“ zu schaffen. Es entstehe „ein zweites deutsch-dänisches Grenzland“, sagte Sybilla Nitsch (SSW). Es werde neue Pendlerströme und neue Chancen auf dem Arbeits-



Sehen die Beltquerung als Chance: Sybilla Nitsch (SSW) und Peer Knöfler (CDU)

markt geben. Sie regte an, in allen Schulen auf deutscher Seite Dänischunterricht anzubieten.

Zunächst muss eines der größten Bauvorhaben in Europa bewältigt werden. „In Wahrheit sind es vier Großprojekte, die gleichzeitig gestemmt werden müssen“, betonte Niclas Dürbrook (SPD): neben dem Belttunnel auch ein Tunnel unter dem Fehmarnsund sowie die Schienenanbindung und die B207. „Unternehmen brauchen Planungssicherheit für ihre Ansiedlungen, und Kommunen

brauchen die Chance, ihre Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen“, so Dürbrook. Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen (parteilos) sah vor allem die DB Netz AG und die DEGES, die Planungsgesellschaft des Bundes, in der Pflicht, die Bauarbeiten „mit Volldampf“ anzugehen: „Die Zeit bis 2029 ist knapp.“ Oliver Brandt (Grüne) stimmte zu: „Es darf nicht passieren, dass 2029 die Züge durch den Fehmarnbelttunnel rollen und in Puttgarden nicht weiterkommen, weil der deutsche Streckenabschnitt noch nicht gebaut ist.“

Öl im NOK: „Knapp einer Katastrophe entgangen“

Der Nord-Ostsee-Kanal (NOK) ist mit rund 100 größeren Schiffspassagen pro Tag die am meisten befahrene künstliche Seewasserstraße der Welt. Über den Jahreswechsel war der Kanal knapp zwei Wochen wegen eines Öl-Unfalls in Brunsbüttel geschlossen.

Es war der bisher größte Vorfall dieser Art in Deutschland. Rund 300.000 Liter Rohöl waren Mitte Dezember aus einer vermutlich korrodierten Leitung in den NOK gelangt. Die Wasserstraße wurde

gesperrt, um ein Übergreifen auf Elbe und Nordsee durch die Brunsbütteler Schleuse zu verhindern. Das Land sei „nur sehr knapp einer großen Ölkatastrophe entkommen“, so Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grüne) Ende Januar im Landtag. Er bedankte sich für das „beherzte Einschreiten“ der zahlreichen Helfer. Das Öl stamme aus der Raffinerie Heide. Wasserschutzpolizei und Staatsanwaltschaft seien auf der Suche nach dem konkreten Verursacher. Es habe sich nicht um Sabotage, sondern um Materialermüdung gehandelt, betonte Goldschmidt. Hinweise auf Fremdeinwirkung gebe es nicht.

Thomas Hölck (SPD) beklagte, dass die Leckage an dem 60 Jahre alten Rohr erst nach Tagen erkannt worden sei. Es sei kein automatischer Alarm ausgelöst worden. Hölck forderte eine „zeitnahe Leck-Erkennung“ auf dem neuesten Stand der Technik. Christian Dirschauer (SSW) sah den Betreiber der Leitung in der Verantwortung. Die Kosten dürften „nicht auf den Steuerzahler abgewälzt werden“.

Nord-Ostsee-Kanal bei Brunsbüttel, kurz vor Weihnachten 2022: Die Schadstoffbekämpfungsschiffe „Knechtsand“ (li.) und „Scharhörn“ nehmen das ausgelaufene Öl auf.





Oft ein Auslöser für Aggressionen: überfüllte Züge, wie hier im Frühjahr 2022 zu Zeiten des Neun-Euro-Tickets

Konsequenzen aus Brokstedt

Bahn: mehr Sicherheitspersonal, Waffenverbote, Video-Überwachung?

Nach der tödlichen Messerattacke von Brokstedt soll es in Schleswig-Holstein verschärfte Sicherheitsmaßnahmen in Zügen und an Bahnhöfen geben. Denkbar sind eine Aufstockung des Sicherheitspersonals der Deutschen Bahn und der Bundespolizei, Video-Überwachung in Zügen, ein Waffenverbot an Bahnhöfen und eine bessere Beleuchtung der Bahnanlagen. Konkrete Schritte soll eine Konferenz benennen, zu der die Landesregierung Verkehrsunternehmen, Kommunen, Gewerkschaften und Polizei einlädt. Ein entsprechender Antrag von CDU und Grünen stieß Ende Februar auf großen Zuspruch.

Zudem sollen Polizisten in Zivil, die eine Dienstwaffe tragen, die Bahn kostenlos nutzen können – so wie es bei uniformierten Beamten bereits der Fall ist. Das erhöhe das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste, betonte Birte Glißmann (CDU). Auch das Begleitpersonal nehme verstärkt ein „Aggressionspotential“ wahr. „Es kann und darf nicht sein, dass Kundinnen und Kunden den ÖPNV aus Sicherheitsgründen meiden oder Zugbegleitpersonal in den Abendstunden ungenutzte Fahrkartenschleusen durchführen möchte.“



Die Sicherheit sei neben Sauberkeit und Service einer der wichtigsten Punkte für Reisende, so Birte Glißmann (CDU) – gerade abends und nachts.

Wegen des Neun-Euro-Tickets sei es im vergangenen Jahr zu volleren Zügen und zu deutlich mehr Übergriffen gekommen, sagte Nelly Waldeck (Grüne). Weder überfüllte Bahnen noch Verspätungen seien ein Grund, seine Aggressionen am Personal auszulassen, stellte sie klar: „Das ist absolut das Letzte.“ Grundsätzlich bleibe die Bahn aber ein sicheres Verkehrsmittel: „Das Risiko, in einem Zug einen Unfall zu erleben ist 164 Mal geringer als in einem Auto.“

„Wer soll das kontrollieren?“

„Eine Realität, an der wir nicht vorbeikommen, ist, dass viele Menschen sich an Bahnhöfen und in Zügen nicht wohlfühlen“, merkte Niclas Dürbrook (SPD) an. Wenn ein Bahnhof barrierefrei umgebaut und für

Die Bluttat von Brokstedt habe sich „völlig willkürlich“ in einer Bahn ereignet, so Bernd Buchholz (FDP). Sie hätte auch im Kieler Rathaus, in einem Supermarkt oder auf dem Bahnhofsvorplatz passieren können.



Fahrräder optimiert werde, dann müssten stets auch die „Angsträume“ abgebaut werden, die wegen der schummerigen „70er-Jahre-Beleuchtung“ entstünden. Die Idee einer Sicherheitskonferenz sei „wirklich gut gemeint“, so Bernd Buchholz (FDP), aber sie zeige auch „die Hilflosigkeit der Regierungsfractionen im Umgang mit dem, was in Brokstedt passiert ist“. Ein Waffenverbot sei zwar erstrebenswert, aber „wer soll das eigentlich kontrollieren?“ Der SSW enthielt sich als einzige Fraktion der Stimme. Die Abgeordnete Sybilla Nitsch kritisierte die Video-Überwachung im Zug als „drastische Maßnahme“ und „Eingriff in die Persönlichkeitsrechte“. Es müsse geklärt werden, wer die Daten speichere und wer darauf zugreifen dürfe. Schon jetzt gebe es in zahlreichen Zügen Videokameras, entgegnete Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen (parteilos), etwa in der Hamburger S-Bahn, der AKN, der Nordbahn oder auf mehreren DB-Strecken. Er kündigte ein Pilotprojekt mit sogenannten Body-Cams an – Kameras, die Bedienstete am Körper tragen. Außerdem soll ein „stiller Alarm“ getestet werden, mit dem Fahrgäste bei Gefahr per Knopfdruck das Sicherheitspersonal rufen können.

Zahl der Übergriffe steigt

Nach Angaben der Bundespolizei gab es 2022 in ganz Deutschland rund 24.800 Gewaltdelikte in Zügen und an Bahnhöfen. Das ist ein Anstieg von knapp 7.000 im Vergleich zum Jahr 2021. Darunter fallen Körperverletzungen, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Landfriedensbruch und Raubdelikte. Zwischen Januar und September 2022 ist es nach Angaben der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) zu 2.325 Angriffen gegen Bahnbeschäftigte gekommen. Es sei davon auszugehen, dass die Gesamtzahl höher liegen werde als im Jahr davor, als insgesamt 2.582 Übergriffe verzeichnet wurden. Grund für Gewalt gegen Mitarbeiter war laut EVG oft die Maskenpflicht.

Sanierungsstau im Nord-Ostsee-Kanal und in den Häfen

Schifffahrt in rauer See

Landtag und Landesregierung haben sich Ende März dafür stark gemacht, den Schiffsverkehr, die Häfen und den Nord-Ostsee-Kanal zukunftsfest zu machen. So plant die Regierung, ihr rund zehn Jahre altes Hafenenwicklungs-konzept fortzuschreiben und eine neue Strategie für die landeseigenen Häfen auf den Weg zu bringen. Bei der Debatte Ende März wurde deutlich: Beim Schiffsverkehr gibt es im Land zwischen den Meeren reichlich Nachholbedarf.

Brennpunkt Nord-Ostsee-Kanal

Wegen der unterspülten Böschungen dürfen die Schiffe ab 1. Juli nur noch mit 12 km/h durch den Kanal fahren statt mit 15 km/h. Er habe Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) bereits zu verstehen gegeben, dass der Kanal nicht weiter vernachlässigt werden dürfe, sagte Landesressortchef Claus Ruhe Madsen (parteilos). Die Geschwindigkeitsbegrenzung „mag notwendig sein, um kurzfristig weitere Schäden zu verhindern“, so der Minister: „Aber langfristig ist das keine Option – da hilft nur reparieren und investieren.“

Die langsamere Kanalpassage könne weitreichende Folgen haben, mahnte Sybilla Nitsch (SSW): „So mancher Reeder wird sich die



Thomas Hölck (SPD) rief die Koalition auf, bei der Modernisierung der Häfen die Krabbenfischerei nicht aus dem Blick zu verlieren. Diese sei „ein altes Handwerk, sichert vielen Familien Einkommen und ist für die Westküste identitätsstiftend“.

zeitlich berechenbare Route über den Skagerak demnächst überlegen.“ Bernd Buchholz (FDP) wies darauf hin, dass der Landtag zuletzt mit Erfolg in Berlin Druck gemacht habe. So habe der Bund für 100 Millionen Euro „endlich eine dauerhafte Reparaturmöglichkeit für Schleusentore“ geschaffen. Das sei „ein großer Erfolg dieses Hauses“.

Brennpunkt Häfen

Außerdem soll eine neue Hafenstrategie auf den Weg gebracht werden. Alle Häfen im Land erfüllten wichtige Funktionen, sei es als Umschlagplatz, für den Tourismus oder für die regionale Daseinsvorsorge, sagte Minister Ruhe Madsen. Bisher seien gerade fünf Prozent der weltweiten Schiffstonnage auf alternative Kraftstoffe ausgerichtet. „Hier liegt ein Riesenpotenzial für die Energiewende, das gehoben werden muss – auch seitens der Häfen.“

Nelly Waldeck (Grüne) forderte zudem eine leistungsfähige Schienenanbindung der Häfen: „Niemand möchte dringend benötigte Rohstoffe oder eigene Produkte über unzählige LKW-Ladungen verteilen, die sich dann zäh durch den Verkehr kämpfen.“ Vor einer zunehmenden Verschlickung der Häfen warnte Lukas Kilian (CDU): „Das Hafenbecken 4 in Biusum beispielsweise eignet sich aktuell mehr für Wattwanderungen. Ein richtiges Hafenbecken ist das nicht.“ Thomas Hölck (SPD) sah die Hafenstrategie kritisch: „Ich bin mir nicht sicher, ob Brunsbüttel Port, ob Kiel oder Lübeck so begeistert davon sind. Die wissen eigentlich selber viel besser, wie sie sich strategisch aufzustellen haben, um zukünftig wettbewerbsfähig zu bleiben.“

Umstrittene Umbenennung

Zwist um das Wort Straßenbau

CDU und Grüne wollen laut ihrem Koalitionsvertrag den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr umbenennen. Er soll künftig nur noch Landesbetrieb Verkehr heißen, der Straßenbau soll wegfallen. Die Streichung dieses einen Wortes koste Schätzungen zufolge mehr als 200.000 Euro, konstatierte Bernd Buchholz (FDP) Ende März – für die neue Beschriftung auf Schildern, Jacken, Fahrzeugen und Briefköpfen. Er sprach von einer „Verschwendung von Steuergeldern“ und von „Realsatire“. Ähnlich äußerten sich SPD und SSW.

Die Koalitionäre betonten hingegen, es gebe veränderte Aufgaben im Bereich der Mobilität. So spiele der Radverkehr inzwischen eine wichtigere Rolle. Es bedürfe „einer wirklich neuen strategischen Ausrichtung des Landesbetriebs“, so Nelly Waldeck (Grüne): „Wir wollen deswegen mit einem Strukturprozess den Landesbetrieb noch einmal besser für die vielen Aufgaben der Mobilität der Zukunft aufstellen.“



Lindaunis bleibt für Monate ein Nadelöhr

Die markante Klappbrücke über die Schlei bei Lindaunis wird durch einen Neubau ersetzt. Bis dahin steht der Verkehr weitgehend still. Der Wirtschaftsausschuss erfuhr Anfang März den neuesten Stand.

Seit 2020 laufen die Bauarbeiten an einer neuen Brücke. Anfang März wurden gravierende Schäden an der alten Klappbrücke entdeckt, und das Bauwerk wurde komplett gesperrt: für Bahn und Autos wie auch für Fußgänger und Radfahrer. Zu Fuß und per Rad soll die Schlei Mitte Juni wieder überquert werden können – auf einer provisorischen Brücke, die derzeit errichtet wird. Züge fahren dann von beiden Seiten bis kurz vor die Brücke, die Passagiere wechseln zu Fuß die Seite. Bis dahin fällt der Zugverkehr zwischen Flensburg und Kiel aus. Mitte Mai soll das verrostete Klapplement entfernt werden, dann können Sport- und Segelboote wieder Richtung Ostsee passieren. Die neue Brücke soll 2025 in Betrieb gehen.



Die Schlei-Brücke Lindaunis: ein marodes Wahrzeichen aus dem Jahr 1927

„Die Situation kommt leider nicht zur Ruhe“, so Verkehrsstaatssekretär Tobias von der Heide im Ausschuss. Dies sei eine „Belastung der gesamten Region.“ Sybilla Nitsch (SSW) sprach von „Auswirkungen für den Tourismus und für Pendler“. Sie forderte eine

bessere Kommunikation mit den Anwohnern. „Die Fahrtzeit nach Kiel hat sich verdoppelt“, betonte die Flensburger CDU-Abgeordnete Uta Wentzel: „Wir freuen uns sehr, wenn das alles wieder läuft.“

Bahn-Probleme zwischen Kiel und Lübeck – Kritik an Erixx

Wegen der erheblichen Behinderungen auf der Bahnstrecke Kiel-Lübeck-Lüneburg ist der neue Betreiber Erixx Mitte Januar im Wirtschaftsausschuss auf harsche Kritik gestoßen. „Wir sind natürlich nicht damit einverstanden, wie das Ganze gelaufen ist“, sagte Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (parteilos).

Nachdem Erixx die Strecke Mitte Dezember von der Deutschen Bahn übernommen hatte, waren Reisende mit Zugausfällen, Verspätungen und lückenhaften Informationen konfrontiert. Zwischenzeitlich fuhren die Züge nur im Zweistundentakt. Der Chef des Mutterkonzerns Netinera, Jost Knebel, bat im Ausschuss um Entschuldigung und kündigte einen finanziellen Ausgleich an: „Wir werden die Fahrgäste entschädigen, und das wird nicht ganz kleinlich sein.“

Hauptgrund für die Probleme sei die Personalnot. Laut Konzernchef Knebel sind 70 Lokführer nötig, um die Strecke fahrplanmäßig zu bedienen. Weil Mitarbeiter aus dem Unternehmen ausschieden oder krank wurden, seien es anfangs aber nur 50 gewesen, und dann habe es im Dezember eine weitere Krankheitswelle gegeben: „Das ist nicht auszugleichen.“ Die Zugausfälle bringen erhebliche finanzielle Folgen für Erixx mit sich. „Wir werden hohe Strafzahlungen haben“, sagte Knebel: „Wir reden über mehrere Hunderttausend Euro.“

Die Landesregierung habe zu spät reagiert, befand der SPD-Abgeordnete Niclas Dürbrook, der das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hatte. So hätte man frühzeitig auf einen Schienenersatzverkehr mit Bussen drängen sollen. Das wies Minister Ruhe Madsen zurück: Es habe seit November täglich Gespräche mit Erixx gegeben.

Neue Gleise im Kreis Pinneberg

Die vielbefahrene Bahnstrecke zwischen Elmshorn und Pinneberg hat derzeit nur zwei Gleise. Das soll sich ändern, wie Anfang März im Wirtschaftsausschuss deutlich wurde.

Es gehe um „eine der wichtigsten Strecken in Schleswig-Holstein“, so Verkehrsstaatssekretär Tobias von der Heide. Die Nutzerzahlen hätten sich in den vergangenen Jahren verdreifacht. Das Problem: Nach der Entscheidung für eine feste Fehmarnbeltquerung wurde dieser Bereich aus dem Bundesverkehrswegeplan gestrichen. Nun muss das Land den Schienenausbau aus seinen Nahverkehrsmitteln bestreiten. Denkbar sei der Bau von ein oder zwei neuen S-Bahngleisen, aber auch von neuen Fernbahngleisen, die dann von S-Bahn und Regionalverkehr

mitgenutzt würden, so von der Heide. Jetzt starte die „Vorplanung“, ein Baubeginn sei 2027/28 und eine Fertigstellung 2032 denkbar.

„Es geht erkennbar rückwärts“, kritisierte der FDP-Abgeordnete Bernd Buchholz, der bis Juni 2022 als Minister selbst für dieses Thema zuständig war. Die Variante, dass die S-Bahn die Ferngleise mit nutzt, sei während seiner Zeit im Kabinett bereits vereinbart gewesen, so Buchholz. Diese Lösung habe den „höchsten Nutzen für Schleswig-Holstein“. Es habe darüber aber noch keine Verständigung mit Hamburg gegeben, widersprach Staatssekretär von der Heide. Buchholz forderte, bei der Hansestadt Druck zu machen: „Eine entschlossene Entscheidung ist jetzt erforderlich.“

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. 1972 alarmierte die rasant steigende Zahl von Opfern im Straßenverkehr die Politik.

1972:

„Rundumverteidigung“ gegen die „Gewalt in Chrom und Lack“

Der Befund ist dramatisch: Autos und Lastwagen löschen Anfang der 1970er-Jahre zwischen Nord- und Ostsee, statistisch gesehen, pro Jahr ein Dorf aus. „915 Menschen fielen im vergangenen Jahr dem Straßenverkehr in Schleswig-Holstein zum Opfer“, klagt der SPD-Abgeordnete Klaus Klingner am 4. Oktober 1972 im Landtag. „Das sind so viele Einwohner, wie ein Ort wie Tating oder Fleckeby sie hat.“ Die Sozialdemokraten haben dem Parlament eine „Entschließung zur Verkehrssicherheit“ vorgelegt, und so diskutieren die Abgeordneten vier Stunden lang über Rowdytum, Kinderschutz, Notrufnummern und Sicherheitsgurte – und das mitten im Bundestagswahlkampf. Wenige Wochen später muss sich Kanzler Willy Brandt den Wählern stellen.

„Hier herrscht die Gewalt in Chrom und Lack!“, fährt Klingner fort. Es gehe ihm nicht in den Kopf, „dass es technischem Verstand gelingt, Menschen über 760.000 Kilometer heil zum Mond und wieder zurück zu befördern, wir aber einen sicheren und bequemen Feierabendverkehr nach Mettenhof nicht fertigkriegen sollen“. Zwei Monate nach der Debatte bricht mit Apollo 17 die bislang letzte Mission zum Erdtrabanten auf.

„Wir stehen vor einer der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit“, stimmt Verkehrsminister Karl-Heinz Narjes zu, dessen CDU-Regierung im Landtag einer Opposition aus SPD und SSW gegenübersteht. Es gehe um eine „Rundumverteidigung gegen den Unfalltod“. Leopold

Spaeth (CDU) weist darauf hin, „dass auf den Straßen der Bundesrepublik Jahr für Jahr in ständig steigendem Maße 15.000, 17.000, 18.000, 20.000 Tote und ein Mehrfaches an Verletzten zu beklagen sind“.

Problem 1: Raserei

Eine Problemgruppe haben die Abgeordneten schnell identifiziert: junge Männer. Denn diese folgten oft „einem ganz falschen Leitbild“, so Rolf Olderog (CDU): „Der kühn durch die Kurve rasende Held des Films und des Fernsehens oder der rasant fahrende junge Mann in der Autoreklame – das sind ganz gefährliche, verhängnisvolle Idealfiguren.“ Stattdessen

preist Olderog das „Leitbild des Partners im Straßenverkehr, der kein unnötiges Risiko eingeht und der zur Selbstkritik bereit ist“. Weniger Macho-Gehabe fordert auch die Christdemokratin Kunigunde Bachl. Das Auto sei „nicht die Braut des deutschen Autofahrers, bei der er am Sonntag rumstreichelt“. Es müsse ein Transportmittel bleiben und dürfe nicht zum Statussymbol werden: „Wir müssen unsere Mitbürger bereits im Kindesalter dazu erziehen, dass sie erkennen, dass Schnelligkeit an falscher Stelle Dummheit ist.“

Problem 2: Kinderschutz

Unter dieser Dummheit leiden die Jüngsten am meisten. In Deutschland sterbe alle drei Stunden ein Kind auf der Straße, mahnt Eckart Kuhlwein (SPD). Die Bundesrepublik habe sich zu einer „kinderfeindlichen Gesellschaft“ entwickelt. Kuhlwein fordert mehr Verkehrserziehung an Schleswig-Holsteins Schulen. Die Mutter einer Drittklässlerin habe ihm berichtet: „Von Verkehrsunterricht in der Schule hat mir meine Tochter bisher noch nie etwas erzählt.“ Ein Schulkind habe nur „etwa alle drei Jahre“ die Chance, „den Verkehrskasper zu Gesicht zu bekommen“, rechnet Kuhlwein vor. Karl Otto Meyer (SSW) kritisiert, dass der Bau neuer, größerer Schulen an zentralen Orten eine zusätzliche Gefahrenquelle geschaffen habe. Was nütze es, fragt Meyer, „dass wir den Kindern einen besseren Unterricht geben können, wenn sie aber einen gefährlicheren Schulweg bekommen?“

Problem 3: Notrufe

Hat es einmal gekracht, dann dauert es häufig sehr lange, bis Hilfe vor Ort ist. In einer Zeit ohne Mobiltelefone sind Münzfernsprecher und die damals brandneuen Notrufsäulen die häufigsten Mittel, um Rettungskräfte zu alar-



Einer von erschreckend vielen Unfällen im Jahr 1972: In Kiel stoßen ein Linienbus und ein VW Käfer zusammen, der Pkw-Fahrer wird leicht verletzt.

mieren. Allerdings: „Das Unfallmeldesystem steht in der gesamten Bundesrepublik noch in den Anfängen“, gesteht Minister Narjes. Der Sozialdemokrat Hans Gerhard Ramler berichtet von seinem Versuch, als Zeuge eines Unfalls zwischen Achterwehr und Bredenbek im Kreis Rendsburg-Eckernförde die Helfer zu informieren. Sieben Anrufe habe das benötigt. In den Polizeiwachen der benachbarten Orte habe es stets geheißen: „Kein Anschluss unter dieser Nummer.“ Genauso habe es sich unter den Notrufnummern 110 und 310 verhalten, egal ob mit oder ohne Vorwahl. Erst bei der Polizei in Kiel habe er jemanden erreicht, der ihm mitgeteilt habe: „Die Meldung wird an



Auf der Suche nach dem Rettungsdienst:
Hans Gerhard Ramler (SPD)

die zuständige Stelle weitergegeben.“ Ramler zeigt sich schockiert: „Ein Wagen hatte sich überschlagen, es waren Verletzte in diesem Wagen, die eingeklemmt waren. Es hat fast zwanzig Minuten gedauert, bis ich überhaupt die erste vernünftige Stelle erreichte, die nun auch zuständig war!“ Sozialminister Karl Eduard Claussen (CDU) erklärt, dass 218 der 253 Ortsnetze im Lande inzwischen an den Notruf 110 angeschlossen seien. Allerdings seien „ein Teil dieser Anschlüsse normale Telefonanschlüsse“. Das bedeute: „Die können also auch mal nicht besetzt sein.“

Problem 4: Sicherheitsgurte

In Kürze werde „die Ausstattung der Neufahrzeuge mit Dreipunkt-Sicherheitsgurten und Kopfstützen zur Pflicht“, merkt Günther Heyenn (SPD) an. Eine Verpflichtung, die Gurte während der Fahrt auch anzulegen, besteht 1972 jedoch nicht. Dabei gebe es

dafür triftige Gründe, findet die CDU-Abgeordnete Bachl. Sie blickt auf eine Reportage über Unfallverletzte in der ADAC-Zeitschrift „Motorwelt“: „Ich habe reihenweise Äußerungen gehört, dass dieser mit geradezu grauenhaften Bildern ausgestattete Artikel die Leute so schockiert hat – im positiven Sinne –, dass nach einer Umfrage das Gurttragen auch im Stadtverkehr sprunghaft angestiegen ist.“

Problem 5: Alkohol

Der SPD-Politiker Klingner findet im Jahr der RAF-Anschlagserie und des Attentats auf israelische Sportler bei den Olympischen Spielen in München klare Worte zum Thema Alkohol: „Ein betrunkenen Fahrer am Steuer ist so gefährlich wie ein Terrorist mit einer Bombe.“ Eine Obergrenze für Alkohol im Blut gibt es seit 1953, sie liegt bei 1,5 Promille. Trunkenheit im Verkehr gilt dennoch vielerorts als Kavaliersdelikt. Gerade im laufenden Bundestagswahlkampf komme es häufig vor, merkt der Christdemokrat Olderog an, „dass man uns nach der Veranstaltung noch zu einem kräftigen Umtrunk einlädt“. Dann falle es schwer, „sich hartnäckig zu weigern.“

Heute: Die Zahlen sind deutlich gesunken

Die Debatte endet mit einer Bitte: „Der Landtag ruft alle Verkehrsteilnehmer auf, durch vorbildliches Verhalten alles in ihren Kräften Stehende zur Vermeidung von Unfällen zu tun, insbesondere Alkohol am Steuer zu meiden, und dadurch dem Straßenverkehr das Leitbild rücksichtsvollen und



Schockiert von den hohen Opferzahlen:
Klaus Klingner (SPD)



Empört über die Macho-Kultur am Lenkrad:
Kunigunde Bachl (CDU)

humanen Verhaltens zu bewahren“, heißt es in einem Antrag aller Fraktionen. Dem Appell folgen im Laufe der Jahre zahlreiche Vorgaben der Politik. Kurz nach der Landtagsdebatte, Anfang 1973, sinkt die Promillegrenze auf 0,8, seit 2001 liegt sie bei 0,5. Zudem wird die Geschwindigkeit gedrosselt. Der Bundestag hatte zunächst 1953 sämtliche Tempo-Beschränkungen aufgehoben. Doch als die Opferzahlen in die Höhe schießen, führt der Gesetzgeber 1957 innerorts Tempo 50 ein. Im Oktober 1972 folgt die Obergrenze von 100 km/h auf Landstraßen. Auf Autobahnen gilt seit 1978 eine Richtgeschwindigkeit von 130 km/h, über ein verbindliches Tempolimit wird seitdem gestritten. Zum Jahresanfang 1976 wird das Anlegen des Gurts zur gesetzlichen Pflicht, zuerst auf den Vordersitzen, ab 1979 auch hinten. Wer das ignoriert und erwischt wird, muss ab 1984 ein Bußgeld berappen, anfangs sind es 40 Mark.

Die Verschärfungen zahlen sich aus: Die Zahl der Unfalltoten sinkt drastisch. 2022 sind nicht mehr 20.000, sondern nur noch 2.782 Todesopfer im Straßenverkehr zu beklagen – und das, obwohl im größeren, wiedervereinigten Deutschland viel mehr Kraftfahrzeuge unterwegs sind als Anfang der 1970er Jahre. In Schleswig-Holstein wird nicht mehr, wie vom Abgeordneten Klingner beklagt, pro Jahr eine Dorfbevölkerung von knapp 1.000 Einwohnern im Straßenverkehr ausgelöscht. Die Statistiker registrieren für 2022 zwischen Nord- und Ostsee 102 Unfalltote.

Karsten Blaas

Bluttat von Brokstedt: Landtag befragt die Behörden und fordert Konsequenzen

Die tödliche Messerattacke in einem Regionalzug zwischen Kiel und Hamburg am 25. Januar hat den Innen- und Rechtsausschuss mehrfach beschäftigt, und auch im Plenum des Landtages wurde der Fall debattiert. Im Zentrum stand der Umgang der Behörden aus Bund und mehreren Ländern mit dem mutmaßlichen Täter Ibrahim A., gegen den Haftbefehl wegen zweifachen Mordes und mehrfach versuchten Totschlags erlassen wurde.

Bei der Bluttat in der Regionalbahn nahe Brokstedt (Kreis Steinburg) waren eine 17-Jährige und ein 19-Jähriger getötet worden. Sieben weitere Menschen wurden verletzt, drei von ihnen lebensgefährlich. Der mehrfach vorbestrafte und als aggressiv geltende Ibrahim A. war eine knappe Woche zuvor in Hamburg aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Davor hatte er in Nordrhein-Westfalen und in Kiel gelebt.

1. Februar: Das BAMF bemängelt lückenhafte Informationen

Frank Schimmelpfennig, Abteilungsleiter beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg, gibt im Innen- und Rechtsausschuss an, sein Haus sei von den Ausländer- und Justizbehörden in NRW, Kiel und Hamburg nicht ausreichend über Ibrahim A. informiert worden. Dieser habe sich bei seiner Einreise nach Deutschland 2014 als staatenloser Palästinenser bezeichnet und habe nach Ablehnung seines Asylantrags einen subsidiären Schutz erhalten. Hätte das BAMF das Vorstrafenregister des Mannes gekannt, dann hätte es diesen Schutzstatus nicht zugestanden, so Schimmelpfennig.

Informationen über drei Verurteilungen in Nordrhein-Westfalen wegen Diebstahls, gefährlicher Körperverletzung und Drogenhandels seien aber erst Jahre später in Nürnberg eingegangen – von der Kieler Ausländerbehörde, denn A. war inzwischen in den Norden gezogen.

Das BAMF habe ein Rücknahmeverfahren eingeleitet, um A. den Schutzstatus zu entziehen, und man habe versucht, ihn in Kiel zu kontaktieren, berichtet Schimmelpfennig. Ibrahim A. saß jedoch inzwischen in Hamburg wegen eines Messerangriffs in Untersuchungshaft. Diese Information wiederum hätten weder die Hamburger Justiz noch die Kieler Ausländerbehörde ans BAMF weitergeleitet.

Es sei „beklemmend zu erfahren“, erklärt Bernd Buchholz (FDP) nach dreistündiger Sitzung, dass die Informationen nicht ans BAMF geflossen seien: „Hier sind schwere Versäumnisse passiert, die dringend abgestellt werden müssen.“ Tim Brockmann (CDU) spricht von „eklatantem Versagen“ der Behörden in NRW und Hamburg. „Im Asyl- und Aufenthaltsrecht gibt es zu Recht

Übermittlungspflichten der Strafverfolgungsbehörden an das Bundesamt“, so Catharina Nies (Grüne). Diese müssten eingehalten werden. Niclas Dürbrook (SPD) merkt an, dass dem Landtag noch nicht alle Akten vorlägen: „Dieser Punkt bleibt entscheidend, um offene Fragen zu klären.“

8. Februar: Austausch zwischen Kiel und Hamburg

Vertreter des Hamburger Senats und der Stadt Kiel stellen sich im Ausschuss den Vorwürfen. Es habe 2022 in Richtung der Stadt Kiel „zehn Meldungen durch Kontaktaufnahmen Hamburgs“ gegeben, so der Hamburger Justizstaatsrat Holger Schatz. Spätestens seit Anfang März 2022 hätten nicht nur dem dortigen Ausländeramt, sondern auch dem BAMF alle wesentlichen Informationen zur Inhaftierung von Ibrahim A. vorgelegen. Nach Darstellung von Schatz blieben die Nachrichten aus der Hansestadt seitens der Kieler Stadtverwaltung aber zunächst unbeantwortet. Erst am 9. März 2022 habe es per Mail erste Nachfragen gegeben, die auch beantwortet worden seien. Kiels Ordnungsdezernent Christian Zierau erklärt: „Wir sind noch am Anfang der Aufarbeitung.“ Klar sei, dass gesetzliche Mitteilungspflichten eingehalten werden müssten: „Das ist keine Holschuld der zuständigen Ausländerbehörden.“

Der CDU-Innenpolitiker Brockmann bemängelt, das „die Kommunikation zwischen den



Drei Ministerinnen nahmen Anfang Februar bei großem öffentlichen Interesse vor dem Innen- und Rechtsausschuss Stellung: (v. re.) Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack, Justizministerin Kerstin von der Decken (beide CDU), Integrationsministerin Aminata Touré (Grüne).

Städten Kiel und Hamburg nicht korrekt verlaufen ist“. So seien Informationen „schlicht per E-Mail und über unkonkrete Postfächer“ ausgetauscht worden. Sein SPD-Kollege Dürbrook betont dagegen, der Vorwurf eines „eklatanten Versagens“ bei den Hamburger Behörden habe sich „erkennbar nicht bestätigt“. Unzweifelhaft habe es aber „auf Seiten aller beteiligten Behörden ärgerliche Kommunikationspannen“ gegeben. Auf Antrag des FDP-Abgeordneten Buchholz bittet der Ausschuss den Hamburger Senat „um Übersendung des kompletten Schrift- und E-Mail-Verkehrs in Sachen Ibrahim A. zwischen der Hamburger Polizeibehörde, der Zuwanderungsbehörde in Kiel und dem BAMF“.

22. Februar: Landtag sieht viele offene Baustellen

In einer Aktuellen Stunde im Landtag herrscht Einigkeit, dass die Tat auch ohne die Kommunikationspannen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht hätte verhindert werden können. Die Abgeordneten mahnen Lehren für die Justiz- und Ausländerbehörden an. Christopher Vogt, dessen FDP-Fraktion die Aktuelle Stunde beantragt hat, nennt eine Reihe von Fragen, die nun beantwortet werden müssten: „Gab es eine falsche Einschätzung bezüglich der Gefährlichkeit des Täters für die Allgemeinheit und muss jemand, der in der U-Haft so auffällig geworden ist, nicht im Anschluss anders betreut werden?“ Auch SPD-Mann Dürbrook wirft Fragen auf – etwa wieso ein Beschuldigter, „der die gesamte Haftdauer über auffällig war, der in Behandlung war, dessen Drogensucht man kannte“, direkt nach der Haft „vom Radar verschwand“. Lars Harms (SSW) prangert die „wilde Kommunikation zwischen den Behörden“ an. Es habe „sieben verschiedene Stellen mit sieben verschiedenen Kenntnisständen und Datensätzen“ gegeben.

Die Koalitionsfraktionen legen ein „Zehn-Punkte-Papier“ mit Schlussfolgerungen vor. Sie fordern eine bessere psychiatrische Betreuung von Gewalttätern, auch nach Entlassung aus der Haft, präzise festgelegte Kommunikationswege zwischen Behörden und eine konsequente Abschiebung von ausländischen Straftätern. Eine „Entlassung in die Obdachlosigkeit“, wie im Fall Ibrahim A., sei „ein großes Problem für die anschließende Versorgung und Beobachtung der weiteren Entwicklung“, betont Lasse Petersdotter (Grüne).

Kritik gibt es an Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Diese hatte erklärt,

Ibrahim A. hätte bei einer besseren Behördenkommunikation abgeschoben werden können. Die Bundesinnenministerin habe den Anschein erweckt, die Tat hätte verhindert werden können, kritisiert CDU-Fraktionschef Tobias Koch: „Das ist wirklich ein Hohn für die Hinterbliebenen der Toten und für die Verletzten.“ Für Faesers Aussage gebe es nicht den geringsten Anhaltspunkt. Auch Sozialministerin Aminata Touré (Grüne) widerspricht Faesers Einschätzung: „Leider müssen wir feststellen, dass selbst im Falle einer besseren Zusammenarbeit die Ausweisung nicht hätte erfolgen können.“ Der mutmaßliche Täter habe einen subsidiären Schutzstatus und damit einen erhöhten Ausweisungsschutz gehabt. Und: Es hätte außerdem ein aufnahmebereiter Staat gefunden werden müssen, weil die Staatsangehörigkeit des Mannes ungeklärt gewesen sei.

24. März: Fraktionen schlagen ein Bündel an Maßnahmen vor

„Der Messrangriff im Regionalexpress in Brokstedt hat mehrere Schwachpunkte der Behörden offenbart“, heißt es in einem Antrag von CDU und Grünen unter der Überschrift „Vertrauen in den Rechtsstaat stärken“. Künftig müsse der Informationsfluss zwischen den Behörden besser laufen als bisher. Der Zugriff auf das Ausländerzentralregister müsse erleichtert werden, und es müsse einen länderübergreifenden Datenaustausch über Intensivtäter geben. Wer schwere Straftaten begehe, müsse „konsequent und zügig“ abgeschoben werden. Außerdem regen die Koalitionsfraktionen ein „Pilotprojekt

einer multiprofessionellen Gewaltpräventionsambulanz“ an und fordern ein besseres „Übergangsmanagement“ für Menschen, die aus dem Justiz- und dem Maßregelvollzug in Freiheit kommen. Birte Glißmann (CDU) regt zudem härtere Strafen für Messerangriffe an – diese seien insgesamt ein wachsendes Phänomen. Jan Kürschner (Grüne) verweist darauf, dass die Zahl der Menschen mit einer Psychose in Schleswig-Holstein stetig steige. Darunter seien auch immer mehr Gewaltbereite.

Die SPD fordert außerdem „Einrichtungen mit besonderen Betreuungsmöglichkeiten“ für Personen, die Hausverbot in Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften erhalten und die eine intensive psychosoziale Versorgung benötigen. „Immer wieder gibt es in den Unterkünften Probleme mit solchen Menschen, die für extreme Belastung sorgen und bei denen im Zweifel, auch zum Schutz der anderen Bewohner, auf das Hausverbot zurückgegriffen werden muss“, sagt der Abgeordnete Dürbrook. Die FDP macht sich für eine behördenübergreifende Arbeitsgruppe nach Vorbild der Hamburger „Gemeinsamen Ermittlungsgruppe zur Rückführung straffälliger Ausländer“ (GERAS) stark – bestehend aus Vertretern des Innen- und des Justizministeriums sowie der kommunalen Ausländerbehörden. Es müsse darum gehen, „wie wir Menschen, die sich hier nicht an die Regeln halten, dann auch aus der Bundesrepublik Deutschland heraus bekommen“, so der Abgeordnete Buchholz. Der Innen- und Rechtsausschuss berät die Vorschläge weiter.



Der Hamburger Justiz-Staatsrat Holger Schatz wies im Ausschuss die Vorwürfe gegen Behörden der Hansestadt zurück.

Der Land-Tag in Einfacher Sprache

Alle Menschen sollen verstehen was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter oder Einfacher Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher von dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte und Einfache Sprache zu schreiben.

Tiere bitte nicht im Inter-Net kaufen!

Viele Menschen kaufen Hunde oder Katzen im Inter-Net. Das ist oft nicht gut für die Tiere. Denn sie sind oft noch sehr jung und kommen zu völlig unbekanntem Menschen. Und auch die Menschen haben oft Probleme mit ihren neuen Haus-Tieren. Sie geben die Tiere dann weiter in ein Tier-Heim. Und die Tier-Heime sind schon jetzt voll. Deswegen muss es strenge Regeln geben für den Verkauf von Tieren im Inter-Net. Das fordern die Abgeordneten im Land-Tag.

Sandra Redmann ist von der SPD. Sie sagt:

Ein Tier ist kein Möbel-Stück. Wer ein Tier kauft der muss es vorher kennen lernen. Aber es gibt viele Händler die einfach nur Geld verdienen wollen.

Cornelia Schmachtenberg ist von der CDU. Sie sagt:

Die Verkäufer nehmen die Tiere von ihrer Mutter weg. Und sie verschicken sie dann über eine sehr lange Strecke. Das ist schädlich für die Tiere.

Dirk Kock-Rohwer ist von den Grünen. Er sagt:

Viele Menschen sehen ein Bild von einem niedlichen Tier im Inter-Net. Und dann wollen sie das Tier kaufen ohne es zu kennen.

Annabell Krämer ist von der FDP. Sie sagt:

Es gibt auch Verkäufer die auf das Wohl der Tiere achten. Gute Verkäufer wollen die neuen Besitzer kennen lernen und sie wollen wissen wo ihr Tier leben soll.

Christian Dirschauer ist vom SSW. Er sagt:

Viele Verkäufer im Inter-Net bleiben unbekannt. Das ist nicht gut. Wer ein Tier kauft soll wissen wo es her kommt.

Werner Schwarz ist der Minister für Land-Wirtschaft. Er sagt:

Alle Menschen sollen ihre Freunde und Bekannten über das Problem informieren. Man muss genau überlegen ob man wirklich ein Haus-Tier haben will.



Sandra Redmann von der SPD



Cornelia Schmachtenberg von der CDU



Dirk Kock-Rohwer von den Grünen



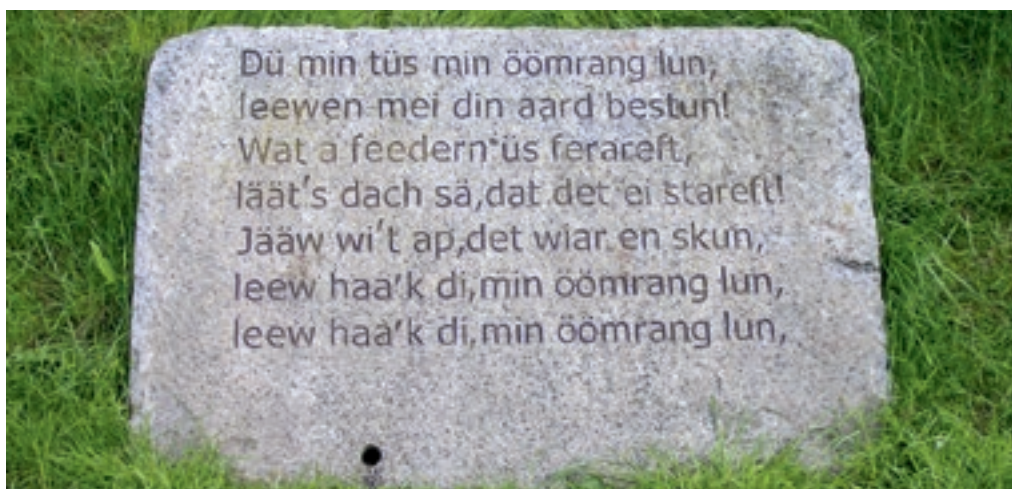
Junge Hunde in einem Tier-Heim

Friesisches Wort gehört einer US-Firma – Kritik am Patentrecht

Ein Weingut in den USA hat sich die Markenrechte an dem Wort „Öömrang“ gesichert, dem friesischen Begriff für die Sprache, die auf der Insel Amrum gesprochen wird. Wegen der Vorrechte des amerikanischen Unternehmens musste sich ein heimischer Spirituosenproduzent einen neuen Namen suchen. Das hat Mitte Januar das Friesengremium des Landtages auf den Plan gerufen. Die einhellige Forderung der Politiker und Kultur-Vertreter: Das deutsche und das europäische Patentrecht müssen auch Minderheitensprachen schützen.

Zur Vorgeschichte: 2017 begann ein Amrumer Unternehmer mit der Produktion seines „Öömrang Gin“. Doch im April 2021 erfuhr er: Der Begriff ist markenrechtlich geschützt und gehört der „Öömrang Inc.“ in Stanwood im US-Bundesstaat Washington. Dort wird ein Wein mit gleichem Namen hergestellt, von der Tochter eines friesischen Auswanderers. Zwar kamen die Alkoholproduzenten auf beiden Seiten des Atlantiks ins Gespräch, und das amerikanische Unternehmen verzichtete auf eine Abmahnung. Aber der Gin von der Nordsee muss nun unter einem anderen Namen vertrieben werden und heißt jetzt „Oomram“.

Friesische Organisationen beklagen ein grundsätzliches Problem: Das deutsche Markengesetz schützt zwar „Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben“ – aber nur auf Hoch-



Steine mit dem Text des „Amrum-Lieds“ auf Öömrang-Friesisch finden sich an verschiedenen Stellen der Insel. „Du mein Zuhause, mein Amrumer Land/Immer mögest du bestehen!“ lauten die ersten zwei Verse auf Hochdeutsch.

deutsch. Dialektwörter und Ortsnamen aus Minderheitensprachen können hingegen beim Deutschen Patentamt in München und bei der Europäischen Patentbehörde im spanischen Alicante als kommerzielle Marke angemeldet werden. Jens Quedens vom „Öömrang Ferian“, dem Amrumer Kulturverein, reagierte empört: „Wir möchten nicht die geografischen Begriffe unserer Minderheitensprachen, die oft das wesentliche Merkmal unserer Identität sind, auf eine Warenmarke einer Firma reduziert sehen, die noch nicht einmal in unserer Region beheimatet ist und Waren vertreibt, die nicht aus unserer Region stammen.“

Das Friesengremium war sich bei seiner Sitzung in der Gemeinde Reußenköge einig:

Die aktuelle Rechtslage stellt eine Diskriminierung von Minderheitensprachen dar. Der Bund und die EU als politisch Zuständige müssten handeln. Johannes Callsen, Minderheitenbeauftragter der Landesregierung, hat bereits in Berlin um Unterstützung gebeten und die EU-Kommission alarmiert. Landtagsdirektor Utz Schliesky schlug vor, zusätzlich das Sekretariat der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen einzuschalten, das beim Europarat angesiedelt ist. Der Amrumer Gin-Produzent hat unterdessen Tatsachen geschaffen: Er hat sich vorsorglich die Markenrechte an den Begriffen „Föhring“ (für die Insel Föhr) und „Sölring“ (für Sylt) gesichert.

Geschichte der Sinti und Roma wird erforscht

Ein Forschungsprojekt soll die Geschichte der Sinti und Roma im Lande aufarbeiten. Ziel ist es, den immer noch verbreiteten Antiziganismus zurückzudrängen. Unter diesem Begriff werden Vorurteile und Feindseligkeit gegenüber Sinti und Roma zusammengefasst.

Der Beirat, der den Forschungsauftrag vergeben und die wissenschaftliche Arbeit begleiten soll, hat sich Anfang Februar im Landeshaus konstituiert. Unter Vorsitz der SPD-Politikerin Birte Pauls gehören

Abgeordnete aller Fraktionen sowie Vertreter des Landesverbandes deutscher Sinti und Roma und der Sinti Union Schleswig-Holstein dem neunköpfigen Gremium an. Der Landtag hatte das Forschungsvorhaben Anfang 2022 auf den Weg gebracht (s. Landtagszeitschrift 01/22).

Erste Impulse für die Ausschreibung stellte Landtagsdirektor Utz Schliesky in der Sitzung vor. Ein wesentliches Kriterium für die Vergabe des Forschungsprojektes sei Fachexpertise sowohl in der Antiziganismusforschung als auch in der schleswig-holstei-

nischen Geschichte. Daher, so Schliesky, sei die Bildung von Bietergemeinschaften zu begrüßen.

Sinti und Roma sind in Schleswig-Holstein seit dem 15. Jahrhundert ansässig. Während des Nationalsozialismus erlitten sie Verfolgung und Völkermord. Im Jahr 2012 hat Schleswig-Holstein als erstes Bundesland „Schutz und Förderung“ der Minderheit in die Landesverfassung aufgenommen. Schätzungen zufolge leben 6.000 Sinti und Roma mit deutscher Staatsangehörigkeit im Lande.

Landeshaushalt 2023: Milliardenausgaben, neue Schulden, Oppositionskritik

Der Landtag hat den Landeshaushalt für das laufende Jahr Ende März nach sechsstündiger Debatte endgültig beschlossen. Neben den Koalitionspartnern CDU und Grüne stimmte auch der SSW für das Zahlenwerk, SPD und FDP waren dagegen. Demgegenüber scheiterten die Haushaltsanträge der Opposition größtenteils an der schwarz-grünen Mehrheit.

Der Haushalt hat ein Volumen von 16,7 Milliarden Euro. Etwa 15,8 Milliarden sollen durch Einnahmen gedeckt werden. Die Differenz soll mit einer Neuverschuldung von 372 Millionen Euro und 575 Millionen aus Rücklagen geschlossen werden, etwa aus dem Ukraine-Notkredit und dem Infrastrukturprogramm IMPULS. Für Investitionen sind 1,76 Milliarden Euro vorgesehen, das entspricht einer Quote von 10,6 Prozent. 481 Millionen Euro fallen für Zinszahlungen an.

Die Landesregierung hatte ihren Ursprungsentwurf im Januar vorgelegt und später über die Nachschiebeliste ergänzt. Kernpunkte: Insgesamt 1.587 neue Stellen im Öffentlichen Dienst, unter anderem in Schulen, bei der Polizei, in der Justiz, in der Steuerverwaltung, im Bereich Flüchtlinge, bei den Staatsanwaltschaften und im Bevölkerungsschutz. +++ In den kommenden zehn Jahren insgesamt 110 Millionen Euro extra, um den Sanierungsstau in den Krankenhäusern anzugehen. +++ Zusätzliche Mittel für energetische Sanierungen, für Barrierefreiheit, für Küstenschutz, für das Schulprogramm „Aufholen nach Corona“ und die Unterbringung von Flüchtlingen.

„Das Geld landet bei Vereinen, bei Verbänden, beim Sport, bei den Feuerwehren, in den Schulen, überall. Das ist richtig und gut, denn es sind die verdienten Steuergelder, die wir ausgeben, und die sollen auch bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen.“
(Finanzministerin Monika Heinold, Grüne)

CDU und Grüne haben 16,2 Millionen Euro Mehrausgaben gegenüber der Regierungsvorlage beschlossen: 28 weitere Stellen bei der Polizei zur Bekämpfung von sexualisierter Gewalt, organisierter Kriminalität und Geldwäsche. +++ Eine Million Euro zusätzlich zur Verstärkung der Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr. +++ Mehr Geld für den Landessportverband. +++ Eine Million Euro zusätzlich für die Tafeln. +++ Freiwilligendienstleistende bekommen ein kostenloses ÖPNV-Ticket. +++ Die Entschädigungszahlungen für Fraßschäden durch Nonnengänse werden aufgestockt.

„Schleswig-Holstein steht vor großen finanziellen Herausforderungen. Aber auch in Zukunft kann nur das umgesetzt werden, was auch finanzierbar ist. Und genau dafür steht Schwarz-Grün in Schleswig-Holstein.“
(Tobias Koch, CDU)

„Der erste schwarz-grüne Haushalt in der Geschichte Schleswig-Holsteins liegt vor, und er ist gut geworden. Er ist in einer Zeit der haushaltspolitischen Ungewissheit entstanden.“
(Lasse Petersdotter, Grüne)

Die SPD hat vergeblich Investitionen im Sozialbereich vorgeschlagen, die durch Kürzungen bei anderen Haushaltsposten und aus den Sondervermögen des Landes gegenfinanziert werden sollten: 100 Millionen Euro für kostenlose Kita-Mittagessen. +++ 25 Millionen Euro für die Abschaffung der Krippengebühren. +++ 57 Millionen Euro für die Gründung einer Landesinfrastrukturgesellschaft. +++ Höhere Investitionen in Krankenhäuser: im laufenden Jahr 20 Millionen und ab dem kommenden Jahr 40 Millionen Euro zusätzlich. +++ 32 zusätzliche Stellen bei der Polizei für die Bekämpfung sexueller Kriminalität an Kindern. +++ 480 zusätzliche Lehrerstellen.

„Es gibt viele Menschen, die das Vertrauen in Politik verlieren, weil der Staat immer weniger in der Lage ist, ihre Probleme zu lösen. Dass der Staat das nicht schafft, dokumentiert auch der Landeshaushalt.“
(Thomas Losse-Müller, SPD)

Die FDP hatte vorgeschlagen, den Ukraine-Notkredit um eine Milliarde auf 400 Millionen Euro zurückzufahren. Weitere Pläne der Liberalen: 174 Millionen Euro aus dem Verkauf der HSH Nordbank bis 2027 für Investitionen in Krankenhäuser. +++ 35 Millionen Euro, um Kita-beiträge um zehn Prozent zu senken. +++ Mehr Mittel für kommunale Schwimmbäder und Tierheime. +++ Abbau von drei Staatssekretärsposten im Finanz-, im Wirtschafts- und im Sozialministerium.

„Diese Koalition hält inhaltlich nur sehr wenig zusammen. Heute wurde auch deutlich, dass man bei der finanzpolitischen Ausrichtung mittlerweile fundamental unterschiedliche Auffassungen hat. Es ist unklar, wohin diese große Koalition unser Bundesland führen will.“
(Christopher Vogt, FDP)

Der SSW hat mit dem Vorschlag, ein Bildungsinstitut für die friesischsprachige Lehrerbildung einzurichten, im Parlament eine Mehrheit gefunden. Andere Vorschläge fanden keinen Zuspruch: 75 Millionen Euro für ein kostenloses Kita-Mittagessen. +++ Aufstockung des Landesblindengeldes auf 500 Euro pro Monat. +++ Einführung eines Landesgehörlosengeldes von ebenfalls 500 Euro monatlich.

„Wir vom SSW freuen uns sehr, dass immerhin sechs unserer Änderungsanträge eine breite Zustimmung im Finanzausschuss und dadurch nun Eingang in die Beschlussempfehlung zum Haushaltsentwurf gefunden haben. An dieser Stelle ein großes Dankeschön an die regierungstragenden Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit!“
(Lars Harms, SSW)

Sondervermögen für den Klimaschutz fällt durch

Soll Schleswig-Holstein neue Schulden in Milliardenhöhe aufnehmen, um den Klimawandel zu bekämpfen? Gegen den Vorstoß von Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) für ein kreditfinanziertes Sondervermögen gibt es Widerstand bei FDP, SSW und auch beim Koalitionspartner CDU. Das wurde Ende März in einer Aktuellen Stunde deutlich, die die Oppositionsfractionen gemeinsam auf die Tagesordnung gesetzt hatten.

Wenige Tage vor der Landtagssitzung hatte Heinold das von CDU und SPD in Berlin geplante Sondervermögen für Klima und Transformation gelobt. Sie könne sich vorstellen, „einen ähnlichen Weg wie Berlin zu gehen“, wurde die Ministerin in den Medien zitiert. „Trotz dieser Meinungsäußerung gilt der zwischen CDU und Grünen vereinbarte Koalitionsvertrag, liebe Monika“, sagte CDU-Fraktionschef Tobias Koch im Landtag an die Adresse der Ministerin. Eine Änderung der Schuldenbremse werde es nicht geben. „Staatliche Planwirtschaft ist nicht der richtige Kompass für die Gestaltung der Zukunft unseres Landes“, so Koch.

Der Finanzministerin zeigte sich kämpferisch: In der Landesregierung sei „Denken erlaubt“, es gebe Meinungsfreiheit. Grünen-Fraktionschef Lasse Petersdotter unterstützte die Ministerin: Wenn erst dann ein



Gespräch am Rande der Sitzung: der CDU-Fraktionsvorsitzende Tobias Koch und Finanzministerin Monika Heinold (Grüne)

kreditfinanziertes Sondervermögen für Klimaschutz aufgelegt werden dürfe, wenn das Wasser bereits in den Städten stehe, „dann ist die Schuldenbremse zynisch“.

Unterstützung erhielten die Grünen von der SPD. „Wir glauben, dass nur so die Klimatransformation sozial gerecht gestaltet werden kann“, sagte Fraktionschef Thomas Losse-Müller: „Die Kosten des Nichtstuns sind

größer.“ Christopher Vogt (FDP) mahnte die Grünen hingegen zu finanzieller Nachhaltigkeit: „Wir hoffen, dass die CDU die nächsten vier Jahre standhaft bleiben wird.“ Lars Harms (SSW) hielt einen Notkredit für Klimaschutz für unvereinbar mit der Landesverfassung. Diese Option sei nur für Natur-, aber nicht für menschengemachte Umweltkatastrophen möglich: „Der Klimawandel ist kein einmaliges Ereignis.“

Abschluss 2022: Fast eine Milliarde Euro im Plus

Das Land hat das Haushaltsjahr 2022 mit knapp einer Milliarde Euro Überschuss abgeschlossen. Dennoch gab es im Februar Kritik aus der Opposition. Nach vorläufigen Zahlen stand am Jahresende ein struktureller Überschuss von 920 Millionen Euro zu Buche. Hauptgrund: Es flossen 1,3 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen als erwartet in die Landeskasse. Die Landesregierung wolle das Geld für die Schuldentilgung verwenden, an die Kommunen weiterreichen sowie in die Versorgung von Flüchtlingen, in den Schul- und Krankenhausbau, in die Infrastruktur und in den Katastrophenschutz stecken, kündigte Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) an: „Das ist verantwortungsvolles Regieren.“ Die Opposition kritisierte, dass Schwarz-Grün erst

im Dezember einen weiteren Nachtragshaushalt beschlossen hatte, den vierten des Jahres 2022. Dies sei angesichts der positiven Zahlen nicht nötig gewesen. Es sei „verfassungsrechtlich mindestens bedenklich“, so Annabell Krämer (FDP), „Notkredite auf Vorrat“ zu verabschieden. Beate Raudies (SPD) sprach von einem „finanzpolitischen Offenbarungseid“, und Lars Harms (SSW) wunderte sich, „wie man sich als Finanzministerin so verschätzen kann“. CDU und Grüne hielten dagegen: Eine derartig hohe Schuldenreduzierung sei einmalig in der Landesgeschichte, sagte Ole Plambeck (CDU). Lasse Petersdotter (Grüne) betonte: „Der Haushaltsabschluss 2022 zeigt deutlich, dass wir in der Koalition einen verantwortungsbewussten Umgang mit Geld haben.“

Wohin das Geld fließt

i

Rund 500 Millionen Euro sollen in die Sondertilgung des Corona-Notkredits aus dem Jahr 2020 fließen, die einen Gesamtumfang von 2,3 Milliarden Euro hat. Zudem sollen Verbindlichkeiten im regulären Haushalt getilgt werden. Die Kommunen erhalten über den Kommunalen Finanzausgleich rund 210 Millionen Euro. 120 Millionen Euro sind für die Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine eingeplant. 170 Millionen Euro werden in das Sondervermögen IMPULS überführt, um Baukostensteigerungen, energetische Sanierungsmaßnahmen, die Reduzierung von Büroflächen und Digitalisierungsvorhaben zu finanzieren. Weitere 16 Millionen Euro sollen einer Rücklage für Bevölkerungsschutz zugeführt werden.

Nach Silvester-Krawallen

Unterstützung für Einsatzkräfte, Kritik an Touré-Tweet

Der Landtag hat sich Ende Januar „bestürzt“ und „erschüttert“ über die Ausschreitungen gegen Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste in der Silvesternacht gezeigt. Geschlossen forderten die Abgeordneten mehr Wertschätzung für Einsatzkräfte. Die Attacken, unter anderem in Berlin, stellten einen Angriff auf Staat und Gesellschaft dar und müssten konsequent bestraft werden, hieß es übereinstimmend.

Umstritten blieb, inwieweit die Gewalttaten im Zusammenhang mit der Herkunft der Täter standen. Laut Polizeistatistiken hatte ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Festgenommenen einen Migrationshintergrund. Christopher Vogt, dessen FDP-Fraktion die Debatte angestoßen hatte, beklagte „erhebliche Erziehungs- und auch Integrationsdefizite“. Er nahm auch Sozialministerin Aminata Touré

(Grüne) ins Visier, die sich per Twitter gegen „dämliche Metadebatten über Integration“ gewandt und sich stattdessen für ein Verbot von Böllern eingesetzt hatte. Diese Aussagen seien „in Ton und Inhalt nicht angemessen und nicht überzeugend“, so Vogt. Ein Böllerverbot bringe nichts, wenn Steine und Flaschen geworfen würden.



Silvester 2022/23 in Berlin: Feuerwerk explodiert in der Nähe von Polizisten.

Verschmutzung der Schlei

Landtag appelliert an Berlin

Enttäuscht hat sich der Landtag Ende Januar darüber gezeigt, dass der vom Bund angekündigte Zuschuss zur Sanierung des Wikingecks in Schleswig nun wieder in Frage steht.

Die Verschmutzung der Schlei sei „eine der größten, schlimmsten und gefährlichsten Altlasten Schleswig-Holsteins“, so Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grüne) in der von CDU und Grünen angestoßenen Debatte. In der Nähe des Wikingturms waren vom ehemaligen Gelände eines Gaswerks und einer Teerfabrik giftige Stoffe in die Schlei gelangt. Das betroffene Areal umfasst rund 10.000 Quadratmeter.

Die Schlei sei eine Bundeswasserstraße, hieß es im Plenum. Deswegen müsse auch der neue Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP)

zu der Zusage aus dem Jahr 2020 stehen und sich an den Reinigungskosten beteiligen. Das Bundesverkehrsministerium hatte zuletzt auf die komplexen Eigentumsverhältnisse verwiesen und angekündigt, nur noch zwölf Prozent der Sanierung zu übernehmen. Ursprünglich waren es zwei Drittel der benötigten 30 Millionen Euro gewesen. Den Rest wollten sich Land, Kreis, Stadt und Privateigentümer teilen. Das Land stehe weiterhin zu seiner Zusage, gemeinsam mit dem Kreis Schleswig-Flensburg 18 Prozent zu tragen, betonte Minister Goldschmidt.

„Probleme bestehen schon länger“

Auch Tim Brockmann (CDU) wandte sich gegen Tourés Position, ohne die Ministerin namentlich zu nennen. Ein Böllerverbot sei der falsche Weg, so Brockmann: „Wer glaubt, dass mit einem solchen Verbot alle Probleme gelöst seien, der ist ganz eindeutig auf dem Holzweg.“ Gewalt zu Silvester sei kein neues Phänomen, stellte Grünen-Fraktionschef Lasse Petersdotter heraus. Alkohol und Sprengstoff seien grundsätzlich „nicht die beste Kombination“. Er unterstrich: „Ja, es gibt auch gute Gründe für ein Böllerverbot.“ Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) merkte dagegen an: „Ich glaube, dass im Ergebnis weder drastische Strafverschärfungen noch Böllerverbote helfen.“ Nötig sei eine gesamtgesellschaftliche Debatte über Aggression und Distanz zu staatlichen Einrichtungen sowie Präventionsarbeit.

Niclas Dürbrook (SPD) mahnte eine differenzierte Debatte an: „Krawalle in Neukölln halten als Beleg für Integrationsprobleme her, eskalierende Fußballspiele oder regelmäßige Randalen am 1. Mai werden hingegen ganz anders diskutiert.“ Lars Harms (SSW) merkte an, es gebe „schon viel zu lange“ ein Problem mit Menschen, „die Rettungsgassen behindern oder gar nicht erst bilden und alkoholisierten Menschen, die gegenüber Rettungsdiensten aggressiv werden“.



Der Wikingturm: Wahrzeichen an der Schlei

Oliver Kumbartzky (FDP) sprang seinem Parteifreund Wissing zur Seite: „Wenn die Anteilsverhältnisse geklärt sind, da bin ich mir sicher, wird der Bund entsprechend seinen Beitrag leisten.“



Dagmar Hildebrand (CDU, li.) und Catharina Nies (Grüne) waren sich in der Debatte mit den Vertreterinnen der anderen Fraktionen einig: Frauen brauchen flächendeckende Hilfsangebote als Schutz vor Gewalt in der Partnerschaft.

Finanzielle Sicherheit für Frauenhäuser

Das Angebot an Frauenhausplätzen im Lande soll ausgeweitet und finanziell abgesichert werden. Aktuell fließen 8,4 Millionen Euro Landesmittel für diesen Zweck in den Kommunalen Finanzausgleich, eine jährliche Steigerung von 2,5 Prozent ist geplant. Diesen Kurs unterstützte der Landtag im Januar einhellig. Schwarz-Grün sowie SPD und SSW hatten die Debatte angestoßen.

Dagmar Hildebrand (CDU) verwies darauf, dass jede dritte Frau mindestens einmal im Leben von psychischer oder sexueller Gewalt betroffen sei und dass alle 45 Minuten eine Frau in Deutschland Gewalt erlebe. Jeden dritten Tag gebe es ein Tötungsdelikt.

Zudem fordert das Landesparlament vom Bund eine „deutschlandweite Pauschalfinanzierung“ der Schutzeinrichtungen für Frauen und Kinder. Das bedeutet: Die öffentliche Hand soll alle Plätze in den Einrichtungen grundsätzlich finanziell unterfüttern, unabhängig davon, ob sie belegt sind oder nicht. Dies sei im Lande bereits der Fall, unterstrich Beate Raudies (SPD): „Der Bund soll unser Modell als Vorbild nehmen.“ Von hohen bundesweiten Standards würden auch schleswig-holsteinische Frauen profitieren, betonte Catharina Nies (Grüne): „Gewalt

macht nicht an Grenzen Halt.“ Jeder zusätzliche Kilometer zwischen der Betroffenen und dem Täter erhöhe die Sicherheit. Jette Waldinger-Thiering (SSW) wies darauf hin, dass die Schutzeinrichtungen in letzter Zeit stark beansprucht seien – wegen Corona und schutzsuchenden geflüchteten Frauen, etwa aus der Ukraine und dem Iran.

Die FDP forderte in einem eigenen Antrag, die Mittel, die an Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen gehen, um insgesamt zwei Millionen Euro aufzustocken. „Das sollte uns der Schutz der Frauen in unserem Lande wert sein“, sagte die Abgeordnete Annabell Krämer. Damit fanden die Liberalen aber nur bei SPD und SSW Unterstützung. Der Vorschlag sei im laufenden Jahr nicht mehr umsetzbar, so Sozialministerin Aminata Touré (Grüne). Im Jahr 2024 würde der FDP-Plan aber „Sinn machen“.

Frauenhäuser in SH

In Schleswig-Holstein gibt es derzeit 16 Frauenhäuser mit insgesamt 362 Plätzen. Darunter sind 13 sogenannte autonome Frauenhäuser, die von einem eigenen Verein organisiert werden. Sie befinden sich in Flensburg, Kiel, Lübeck, Neumünster, Heide, Schwarzenbek, Elmshorn, Pinneberg, Wedel, Preetz, Itzehoe, Ahrensburg und Eutin. Drei Frauenhäuser in Rendsburg, Lübeck und Norderstedt sind trägergebunden. Hinter ihnen steht eine größere Sozial Einrichtung oder ein Wohlfahrtsverband. Zwei weitere Häuser mit je zwölf Plätzen in den Kreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg. sind im Aufbau.

**Hilfetelefon
„Gewalt gegen Frauen“:**

☎ 08000 116 016

**Mehr Informationen:
www.frauenhaeuser-sh.de
www.lfsh.de/beratungsstellen**

Neuer Impuls für die „Gemeindeschwester“

Die Sozialdemokraten wollen die „Vor-Ort-für-dich-Kraft“ einführen. Unter diesem Begriff sollen nach Willen der SPD landesweit zunächst 100 neue Stellen geschaffen werden, die die Idee der „Gemeindeschwester“ wieder aufleben lassen.

Die Tendenz in der Gesellschaft gehe „weg von den Menschen“, so SPD-Fraktionschef Thomas Losse-Müller. Die „Vor-Ort-für-dich-Kräfte“ sollen insbesondere ältere Menschen aufsuchen und ihnen helfen, medizinische, pflegerische und soziale Leistungen in Anspruch

zu nehmen. Die anderen Fraktionen begrüßten den SPD-Plan. In einem eigenen Antrag forderten auch CDU und Grüne „mehr Ansprechpartnerinnen und -partner in sozialen Angelegenheiten“ und baten die Landesregierung um Unterstützung. Der Sozialausschuss berät das Thema weiter.

Landtag sagt Einweg-E-Zigaretten den Kampf an

Einweg-Elektrozigaretten gehören verboten, da ist sich eine große Mehrheit im Landtag einig. Denn die kleinen, bunten Geräte stecken voller Akkus, Elektroschrott und Plastikmüll, der oft im Hausabfall lande und dort sogar eine Brandgefahr darstelle. Ein Antrag von SPD und Koalition fordert, das Bundes- und das EU-Recht entsprechend zu verschärfen. Auch der SSW stimmte zu, während die FDP statt eines Verbots ein Pfandsystem vorschlug.

Die Einweg-Glimmstängel schmeckten „nach Heidelbeere, Mango oder Kaffee“, so Sandra Redmann (SPD), und sie seien insbesondere bei jungen Leuten beliebt. Jeden Monat würden in Deutschland fünf Millionen Exemplare verkauft. Bei der Entsorgung bereiteten die E-Zigaretten große Probleme, betonte Redmann, denn die Akkus, die Aroma-Flüssigkeit und das Mundstück seien nicht austauschbar und landeten „so gut wie nie auf dem Wertstoffhof, sondern in der Müllpresse“. Die SPD-Fraktion sei bei einer Diskussion mit Schülern des Gymnasiums Kaltenkirchen auf das Thema aufmerksam gemacht worden, berichtete die Abgeordnete Beate Raudies. Auch der Bundesrat hat Anfang März ein Verbot gefordert.

Der Gesamtumsatz mit E-Zigaretten wird allein in Deutschland für das Jahr 2022 auf rund 575 Millionen Euro geschätzt, 40 Prozent mehr als im Jahr davor. Inzwischen seien fast die Hälfte aller E-Zigaretten Einwegprodukte,



Sie ist beliebt, und sie verursacht massenhaft Müll: Die Einweg-E-Zigarette

so Cornelia Schmachtenberg (CDU). Die Geräte seien „nach circa 600 Zügen nicht mehr zu verwenden“. Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grüne) sprach von einer „riesengroßen Sauerei“, denn die Batterien seien fest verbaut: „Die E-Zigarette ist das un-recyclbarste Produkt, das man sich vorstellen kann.“

Es gebe zwar ein Problem mit den Akkus, wandte Oliver Kumbartzky (FDP) ein, aber das bestehe bei vielen anderen Geräten auch, ohne dass ein Verbot gefordert werde. Zudem

bestehe bereits die gesetzliche Verpflichtung, Elektronik sachgemäß zu entsorgen. Ein Pfand sei das „viel mildere Mittel“. Ein Pfandsystem sei nicht dafür da, widersprach Ulrike Täck (Grüne), „um nicht recycelbare Produkte im Markt zu halten“. Das sei der Unterschied zu wiederbefüllbaren Pfandflaschen. Auch Lars Harms (SSW) war sich sicher: „Ein Pfand wird nicht funktionieren.“ Für alle Freunde dieser Art des Rauchens gebe es ohnehin eine Alternative, nämlich die aufladbare E-Zigarette als „nachhaltige Variante“.

Experimentierklausel für Schulen

Schleswig-Holsteins Schulen sollen per Experimentierklausel mehr Freiräume bei der Gestaltung des Unterrichts bekommen.

Das sieht ein schwarz-grüner Antrag vor, der Ende Februar beschlossen wurde. Zu den Zielen gehören mehr fächerübergreifendes Arbeiten, eine innovative Unterrichtsgestaltung und auch neue Arbeitszeitmodelle. Bildungsministerin Karin Prien (CDU) sieht das Land in einer bundesweiten Vorreiterrolle. Viele Schulen nutzten bestehende Freiräume bereits engagiert und kreativ. Martin Habersaat (SPD) warf Schwarz-Grün hingegen Ideenarmut und „heiße Luft“ vor. Viele der geplanten Vorhaben seien längst möglich.

Schutz für Menschenrechtsaktivisten

Schleswig-Holstein unternimmt einen ersten Schritt zu einem Schutzprogramm für Menschenrechtsverteidiger.

Gemeint sind Frauen und Männer, die sich zum Beispiel als Künstler oder Journalisten in undemokratischen Staaten für Menschenrechte einsetzen und dadurch in Gefahr geraten. „Wir wollen ihnen Schutz bieten“, so Lars Harms (SSW), der den Antrag gemeinsam mit der SPD eingebracht hat. Es gehe nicht um Flucht oder Asyl, sondern darum, für eine bestimmte Zeit zur Ruhe zu kommen. Vorbild seien die Stipendien der „Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte“. Die Koalition signalisierte Zustimmung, das Thema wird nun im Innen- und Rechtsausschuss weiter beraten.

Schulbesuch: Die Kosten steigen

Die Opposition hat der Regierung Ende März vorgeworfen, Eltern mit den wachsenden Ausgaben für den Schulbesuch ihrer Kinder allein zu lassen.

Pro Kind müssten Eltern in jedem Schuljahr 1.200 Euro aufbringen, sagte Martin Habersaat (SPD). Komme ein digitales Endgerät dazu, seien es sogar 1.600 Euro. SPD und SSW hatten eine Große Anfrage zu dem Thema gestellt. Der häufigste Satz in der Antwort des

Bildungsministeriums laute: „Zu den Kosten der Eltern liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor“, klagte Habersaat. Seit der letzten Erhebung im Jahr 2016 habe das Land nichts zur Entlastung der betroffenen Familien getan, kritisierte Jette Waldinger-Thiering (SSW). Selbst Haushalte mit mittlerem Einkommen blieben auf der Strecke.

„Die Begrenzung der Schulkosten ist unser gemeinsames Ziel“, entgegnete Bildungs-

ministerin Karin Prien (CDU). Bund und Land hätten Entlastungen in Pandemie und Energiekrise auf den Weg gebracht. Zudem gebe es Kinderzuschläge, Kinderboni sowie ein höheres Kindergeld und Freibeträge. Das Land habe ein Programm für Schulen „in besonders herausfordernden Lagen“ aufgelegt. Der Staat könne jedoch nicht alles leisten, betonte Prien. Der Bildungsausschuss berät das Thema weiter.

Hausaufgaben und Seminararbeiten per Software

Richtiger Umgang mit ChatGPT gesucht

Die frisch auf den Markt gekommene neue Version der Software ChatGPT kann Sachtexte und Gedichte schreiben, sie kann sogar Bilder gestalten. Die Prüfung zum US-amerikanischen Rechtsanwaltsexamen hat das Programm unter den besten zehn Prozent bestanden. In den Medien wird von Schülern und Studenten berichtet, die ihre Hausarbeiten von ChatGPT anfertigen lassen. Welche Folgen ergeben sich für den Bildungsbereich, aber auch für die demokratische Diskussionskultur? Das war Ende März Thema im Landtag.

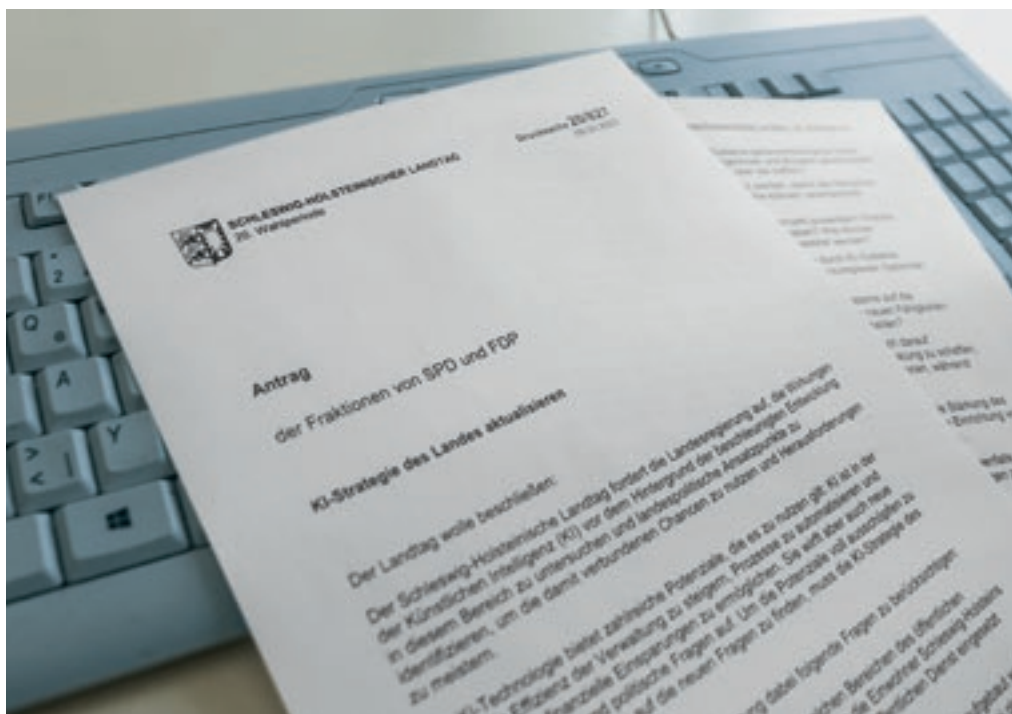
Grundlage war ein Antrag von SPD und FDP, der von ChatGPT formuliert wurde. „Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, die Wirkungen der Künstlichen Intelligenz (KI) vor dem Hintergrund der beschleunigten Entwicklung in diesem Bereich zu untersuchen und landespolitische Ansatzpunkte zu identifizieren, um die damit verbundenen Chancen zu nutzen und Herausforderungen zu meistern“, heißt es darin.

SPD-Fraktionschef Thomas Losse-Müller sprach in der Debatte von einer „historisch einzigartigen“ und „sehr wirkmächtigen“ Technologie. Er warnte davor, dass das Internet mit Falschmeldungen geflutet werden könnte: „Mit den Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz ist die Produktion von

Social-Media-Texten so groß geworden, dass Demokratiefeinde ganze Welten entstehen lassen können.“ Christopher Vogt (FDP) rief die Landesregierung auf, „den Schulen im Land schnellstmöglich geeignete Handlungsempfehlungen zum Umgang mit ChatGPT und vergleichbarer KI-Software zur Verfügung zu stellen“. Digitalminister Dirk Schrödter (CDU) wies auf die Chancen der neuen Technologie hin: „KI-Systeme können, richtig angewendet und kritisch begleitet, ein Riesengewinn für den Schulalltag werden. KI kann dazu beitragen, individuelle Lernprozesse zu verbessern und das Lernen auf den individuellen Lernstand zu beziehen.“

ChatGPT dürfe „nie das letzte Wort haben“, so Sybilla Nitsch (SSW). Es müsse stets ein Hilfs-

mittel bleiben. Auch bei der Einführung des Taschenrechners habe es Warnungen gegeben, dass die Kinder das Kopfrechnen verlernen würden, erinnerte sich Uta Wentzel (CDU). Man habe damals aber den angemessenen Umgang mit den neuen Geräten gefunden, und das müsse nun auch passieren: „Daher braucht es zeitnah Fortbildungsangebote für Lehrkräfte.“ Nelly Waldeck (Grüne) ließ ihre Entgegnung auf den SPD/FDP-Antrag ebenfalls von ChatGPT ausarbeiten. Die Software habe folgende Mahnung ausgesprochen, zitierte Waldeck: „Es muss sichergestellt werden, dass KI-Systeme rechtmäßig und ethisch handeln und dass verantwortungsvolle Entscheidungsträger vorhanden sind, die für die Entscheidung des Systems verantwortlich sind.“



Premiere: Drucksache 20/827 ist der erste Antrag in der 77-jährigen Geschichte des Landtages, der nicht von einem Menschen, sondern von einem Computerprogramm geschrieben wurde.

Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Menschen diese Themen im Überblick.

Bürgerbegehren: Der Landtag hat Ende März mit schwarz-grüner Mehrheit Einschnitte bei Bürgerbegehren beschlossen. Damit sollen der Koalition zufolge Baugenehmigungen für Infrastrukturprojekte wie Schulen, Krankenhäuser, Wohnhäuser und Windräder beschleunigt werden und Kommunen mehr Planungssicherheit bekommen. Nunmehr werden Bürgerbegehren gegen Bauleitplanungen ausgeschlossen, die die Kommunalvertretung mit Zweidrittelmehrheit beschlossen hat. Erneute Begehren gegen ein Vorhaben werden erst nach zwei Jahren möglich. Und Bürgerbegehren gegen einen Beschluss einer Kommunalvertretung müssen binnen drei Monaten folgen. Die Opposition sprach von Demokratieabbau. Noch weitergehende Maßnahmen hatten CDU und Grüne nach massiver Kritik gestrichen.

„Wir wollen wieder schneller werden“, sagte Thomas Jepsen (CDU). Regelungen, die sich nicht bewährt hätten, würden korrigiert. Die Vorwürfe der Opposition seien übertrieben: „Bürgerentscheide wird es auch weiterhin geben.“ Das sah auch Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) so: „Das Element der unmittelbaren Demokratie auf kommunaler Ebene bleibt nach wie vor ein wichtiger Baustein – als Ergänzung des unser Gemeinwesen prägenden Repräsentationsmodells.“ Jan Kürschner (Grüne) unterstrich: „Hier findet kein Raubbau an der Demokratie statt.“ Das Gesetz gehe „bei weitem nicht so weit, wie es die CDU gern gesehen hätte“. Und doch ändere es manche Dinge, „die wir Grüne allein sicher nicht verändert hätten“, so Kürschner.

Kai Dolgner (SPD) kündigte Widerstand an: „Gemeinsam werden wir mit vielen Akteuren der Zivilgesellschaft in einer Volksinitiative dafür kämpfen, den heutigen Beschluss wieder aufzuheben, damit dieser

schwarze Tag für die Bürgerbeteiligung schnellstmöglich wieder Geschichte ist.“ Auch Bernd Buchholz (FDP) warf der Koalition eine massive Einschränkung der Bürgerbeteiligung vor. Sie habe keinen Nachweis für die Notwendigkeit der Änderungen geliefert. Buchholz plädierte dafür, die Reform vom Landesverfassungsgericht überprüfen zu lassen. „CDU und Grüne haben sich dazu entschieden, demokratische Errungenschaften aufgrund von gefühlten Wahrheiten und Empfindungen einzuschränken“, befand Lars Harms (SSW). Als erstes Bundesland drehe Schleswig-Holstein Bürgerrechte wieder zurück.

Straßenausbaubeiträge: Die aktuelle Regelung zur Anwohnerbeteiligung am Straßenbau bleibt bestehen – trotz scharfer Kritik aus der Opposition. SSW, FDP und SPD wollten die Beteiligung von Bürgern an den Ausbaukosten komplett abschaffen. Schwarz-Grün lehnte den Gesetzentwurf jedoch Ende Januar ab. Anstelle der früheren Pflichtbeteiligung gilt momentan eine Kann-Regelung. Die Kommunen entscheiden selbst, ob und wie stark sie ihre Bürger heranziehen, wenn deren Straße instandgesetzt wird.

137 der 1.106 schleswig-holsteinischen Gemeinden bitten laut Innenministerium die Anwohner zur Kasse. Das sind zwölf Prozent. Besonders hoch ist der Anteil in Orten zwischen 5.000 und 10.000 Einwohnern (44,4 Prozent) sowie zwischen 10.000 und 20.000 Einwohnern (47,1 Prozent). Dagegen erheben nur 4,8 Prozent der Dörfer mit weniger als 1.000 Einwohnern die Ausbaubeiträge.

Oppositionsvertreter sprachen von einer „Ungerechtigkeit“. Wenige Schultern hätten die Kosten für eine Straße zu tragen, die dann von der gesamten Allgemeinheit genutzt werde, klagte Bernd Buchholz (FDP).

Lars Harms (SSW) verwies auf die „Schicksale“ von Betroffenen – etwa eines Landwirts aus dem Kreis Plön, der 187.000 Euro zahlen muss. Die Abschaffung der Pflichtbeiträge im Jahr 2017 sei eine „Mogelpackung“ gewesen, so Beate Raudies (SPD). Zwar habe das Land den Gemeinden im Gegenzug über den Kommunalen Finanzausgleich 68 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Doch dieses Geld reiche nicht aus, um die Menschen flächendeckend zu entlasten.

Die Koalition sieht die Kann-Regelung hingegen als Teil der kommunalen Eigenständigkeit. Es sei „absolut richtig“, die Entscheidung vor Ort zu treffen, sagte Thomas Jepsen (CDU). Jan Kürschner (Grüne) betonte die Verantwortung der Gemeinden für ihre eigenen Haushalte: „Es ist leicht, gegen die Beiträge zu sein, wenn man nicht für die Finanzen verantwortlich ist.“ In Härtefällen gebe es einen Ermessensspielraum, sagte Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU). So könnten die Beiträge gestundet werden, oder die Gemeinde könne nur einen Teil der Kosten auf die Anwohner umlegen und den anderen Teil selbst übernehmen.

Jugendfeuerwehren: Der Landesfeuerwehrverband soll im Brandschutzgesetz als anerkannter Ausbildungsträger für die Ausbildung von Mitgliedern der Jugendfeuerwehr verankert werden. Das sieht ein Gesetzentwurf von CDU und Grünen vor, der nun im Innen- und Rechtsausschuss beraten wird. Aktuell wird der Feuerwehrynachwuchs bereits vom Verband im Jugendfeuerwehrzentrum Rendsburg ausgebildet. Im Gesetz wird dies aber nicht erwähnt. Das hat zur Folge, dass die Kosten derzeit nicht über die Feuerschutzsteuer an den Verband erstattet werden, und dass die Ausbilder keinen Anspruch auf berufliche Freistellung haben. Eine Ergänzung von Paragraph 13 des Brandschutzgesetzes soll dies nun ändern.

Kommunalwahl am 14. Mai: Stimmungstest für die Landespolitik

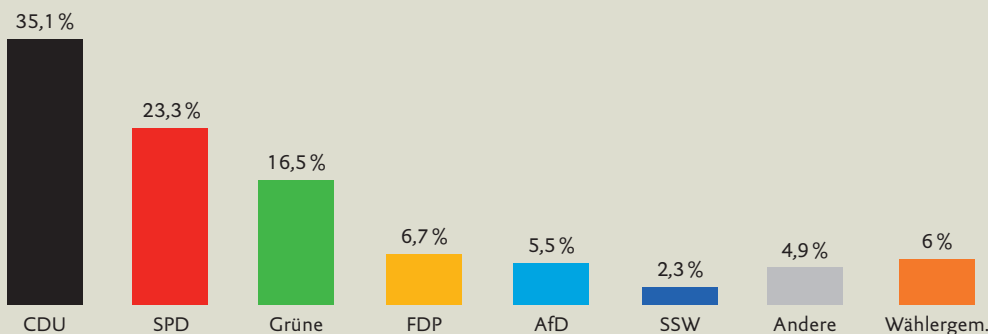
Am 14. Mai, gut ein Jahr nach der Landtagswahl 2022, stehen in Schleswig-Holstein die Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten sowie den Kreistagen an. 2,3 Millionen Wahlberechtigte ab 16 Jahren werden in 1.080 Orten, elf Landkreisen und vier kreisfreien Städten an die Urnen gerufen. 13.000 Mandate sind zu besetzen. Bei der Kommunalwahl geht

es alle fünf Jahre um die Probleme vor Ort. Aber insbesondere die Ergebnisse in den größeren Städten und den Kreisen gelten auch als Barometer für die Landespolitik. Die vor einem Jahr neu gebildete Regierungskoalition aus CDU und Grünen muss sich erstmals dem Wählervotum stellen. Im Landtag wurden kommunalpolitische Themen, etwa der Finanzaus-

gleich, die Straßenausbaubeiträge oder die Fraktionsgrößen, zuletzt kontrovers diskutiert. Einigkeit herrschte jedoch bei der Wertschätzung für das kommunale Ehrenamt: Wer sich vor Ort für die Gesellschaft einsetzt, verdient Respekt und Anerkennung – und darf nicht, wie zuletzt immer wieder zu beobachten, zum Opfer von Anfeindungen werden.

Die Ausgangslage: Kommunalwahl 2018

Das Ergebnis in den Kreisen und kreisfreien Städten in Prozent



Die CDU strebt am 14. Mai nach eigener Aussage erneut den ersten Platz an, die Grünen wollen die SPD von Rang 2 verdrängen. Die FDP will ihr Ergebnis steigern, und der SSW peilt drei Prozent an.

Drei Mitglieder nötig für eine Fraktion

In den am 14. Mai neu gewählten Kommunalvertretungen steht eine wichtige Änderung an: In Kreistagen und in Stadträten mit mehr als 30 Mitgliedern sind künftig drei Mitglieder erforderlich, um eine Fraktion zu bilden. Bisher waren es zwei. Der Landtag hat diese Neuerung Ende März mit schwarz-grüner Mehrheit beschlossen. Der Unterschied: Fraktionslose Abgeordnete bekommen weniger Finanzmittel und haben kein Stimmrecht in den Ausschüssen. Dort können sie lediglich beratend mitwirken.

Seit dem Wegfall der Sperrklausel im Jahr 2008 sei eine zunehmende Zersplitterung der Kommunalvertretungen zu beobachten, sagte Thomas Jepsen (CDU): „In der Praxis erweist sich das aber nicht als positiv wirkende Vielfalt, sondern als Erschwernis für das kommunale Ehrenamt.“ Die Grünen wären für eine Kann-Regelung gewesen, betonte der Abgeordnete Jan Kürschner: „Aber wir sind in einer Koalition, und dazu stehen wir auch.“ Von der Opposition kam heftige Kritik. Die Änderung werde Interessierte von der Mitarbeit in einer Kommunalvertretung abhalten, befürchtete Bernd Buchholz (FDP). Denn gewählte Vertreter einer kleineren Partei hätten künftig weniger Einflussmöglichkeiten: „Das rüttelt an den Grundfesten der Erfolgswertgleichheit der Wählerstimmen.“ Lars Harms (SSW) sprach vom „Märchen der Handlungsunfähigkeit durch kleine Parteien“. Die CDU kämpfe „scheinbar für politische Einheitskultur“.



„Die Kommune ist der Ort, an dem Politik so direkt wie nirgendwo sonst gestaltet wird.

Daher bitte ich Sie:
Nehmen Sie Einfluss auf die Geschicke Ihrer örtlichen Gemeinschaft!
Machen Sie am 14. Mai von Ihrem Wahlrecht Gebrauch!“

Landtagspräsidentin Kristina Herbst

Serpil Midyatli, SPD-Abgeordnete aus Kiel, ist Anfang Februar auf einem Parteitag in Husum in ihrem Amt als Landesvorsitzende der Sozialdemokraten bestätigt worden. Sie erhielt 65 Prozent Zustimmung. 132 Delegierte stimmten für sie, es gab 58 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen. Midyatli gehört seit 2009 dem Landtag an, den Landesvorsitz übernahm sie 2019. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wählte der Parteitag den ehemaligen Umweltstaatssekretär und jetzigen Kieler Oberbürgermeister **Ulf Kämpfer**, der 93,2 Prozent Zustimmung erhielt. Der ehemalige Landtagsabgeordnete **Stefan Bolln** wurde mit 96,5 Prozent in seinem Amt als Schatzmeister bestätigt.



Lukas Kilian, CDU-Abgeordneter aus Glinde (Kreis Stormarn) hat Ende Januar kommissarisch das Amt des Generalsekretärs der schleswig-holsteinischen CDU übernommen. Der Landesvorstand nominierte ihn einstimmig, die endgültige Wahl steht auf einem Landesparteitag am 5. Oktober in Neumünster an. Der CDU-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Daniel Günther, hatte Kilian vorgeschlagen. Die Landespartei hatte mehr als zwei Jahrzehnte keinen Generalse-

ekretär. Kilian gehört dem Landtag seit 2017 an.

Tim Brockmann, seit 2017 für die CDU im Landtag, ist Anfang April zum Bürgermeister seiner Heimatstadt Preetz gewählt worden. Der Bankkaufmann und Diplom-Volkswirt setzte sich mit 51,41 Prozent der Stimmen gegen einen Gegenbewerber durch. Der Bürgermeisterposten war vakant geworden, nachdem der Amtsvorgänger zum Landrat des Kreises Plön gewählt worden war.



Niclas Dürbrook, seit 2022 für die SPD im Landtag, und **Katrin Fedrowitz**, SPD-Abgeordnete von 2016 bis 2017 und von 2021 bis 2022, wurden Anfang März in Rendsburg zu gleichberechtigten Vorsitzenden des SPD-Parteirats gewählt. Der Landesparteierrat ist das höchste beschlussfassende Organ der SPD zwischen den Landesparteitagen und tagt in der Regel drei bis vier Mal im Jahr. Er besteht aus 55 Delegierten aus den 15 Kreisverbänden und den Arbeitsgemeinschaften.

Claus Ruhe Madsen, parteiloser Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, hat seit Ende Februar neben der dänischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft. Er erhielt seine Einbürgerungsurkunde im Kieler Rathaus. Der gebürtige Kopenhagener lebt seit 30 Jahren in Deutschland. 2019 wurde er zum Rostocker Oberbürgermeister gewählt, seit Juni 2022 gehört er der Landesregierung an.

Aminata Touré, Sozialministerin und ehemalige Landtagsabgeordnete, ist Ende Dezember in Atlanta im US-Bundesstaat Georgia mit dem „Beloved Community Award“ des King Center ausgezeichnet worden. Die Institution wurde 1968 von Coretta Scott King, der Witwe des ermordeten Bürgerrechtlers Martin Luther King, gegründet. Das King Center vergibt jährlich Auszeichnungen an „nationale und internationale Persönlichkeiten und Organisationen, die herausragende Führungsstärke verkörpern, soziale Gerechtigkeit anstreben und eine friedvolle Gemeinschaft erschaffen wollen“. Touré gehörte dem Landtag von 2017 bis 2022 an, ab 2019 war sie Parlamentsvizepräsidentin.



Michel Deckmann aus Husum, seit vergangenem Juni für die CDU im Landtag, ist Ende Januar zum Vorsitzenden der neu gegründeten „Jungen Gruppe“ innerhalb der CDU-Fraktion gewählt worden. Dem achtköpfigen Zusammenschluss gehören die Abgeordneten an, die zum Zeitpunkt ihres Einzugs in den Landtag 35 Jahre oder jünger waren.

Werner Schwarz, Minister für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz, hat zum Jahresbeginn turnusgemäß den Vorsitz der Agrarministerkonferenz übernommen. Der CDU-Politiker ist seit vergangenem Juni Minister und war zuvor Landesvorsitzender des Bauernverbands.

Simone Lange, von 2012 bis 2016 für die SPD im Landtag und anschließend Oberbürgermeisterin von Flensburg, arbeitet seit Anfang Februar für das Flensburger IT-Unternehmen Neox Studios. Dort ist sie nach Unternehmensangaben für „Leitung und Koordination für internationale Projekte“ verantwortlich. Lange hatte im Oktober vergangenen Jahres die Stichwahl um das OB-Amt gegen den jetzigen Amtsinhaber Fabian Geyer (parteilos) verloren.

Barbara Ostmeier aus Hetlingen (Kreis Pinneberg), von 2009 bis 2022 für die CDU im Landtag, ist seit Ende März Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Sport im Justizvollzug. Der Landtag hatte die Arbeitsgemeinschaft, der Vertreter des Landessportverbandes (LSV) und der Justiz angehören, 2009 ins Leben gerufen, um die Rolle des Sports bei der Wiedereingliederung von Strafgefangenen zu stärken. Die Juristin Ostmeier ist im Vorstand des LSV zuständig für den Bereich Breitensport

Gedenken an Gero Storjohann, Hans Siebke und Wolfgang Dudda

Der Landtag hat in seiner Februar- und seiner März-Sitzung dreier verstorbener Abgeordneter gedacht.



Am 29. Januar ist **Gero Storjohann** kurz vor seinem 65. Geburtstag nach langer Krankheit gestorben. Der Groß- und Außenhandelskaufmann und Diplom-Betriebswirt aus Seth (Kreis Segeberg) gehörte von 1996 bis 2002 dem Landtag an, anschließend war der CDU-Politiker bis zu seinem Tod Mitglied des Bundestages und vertrat dort den Wahlkreis Segeberg/Stormarn-Mitte. Der Vater dreier Söhne sei ein „erfahrener, warmherziger, tief in seiner Heimat Schleswig-Holstein verwurzelter Parlamentarier“ gewesen, so Landtagspräsidentin Kristina Herbst: „In seiner verbindlichen, kollegialen Art über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg geschätzt, hinterlässt er in der Bundespolitik wie im Landesverband seiner Partei, der CDU, eine große Lücke, die noch lange schmerzen wird“.

Der CDU-Politiker **Hans Siebke** ist am 15. Februar im 83. Lebensjahr verstorben. Er gehörte dem Landtag von 1996 bis 2000 an und vertrat den Wahlkreis Segeberg-Ost. Der Landwirt aus Schmalensee sei ein „Mensch voller Tatendrang“ gewesen, betonte Landtagspräsidentin Herbst, „vielfältig im gemeindlichen Leben, in berufsständischen Organisationen und in Sportverbänden auf Kreis- und Landesebene engagiert“. Vor seiner Zeit im Landtag war Hans Siebke unter anderem Gemeindevertreter und ehrenamtlicher Bürgermeister in Schmalensee sowie Amtsvorsteher des Amtes Bornhöved. Für sein Engagement erhielt er das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland sowie die Freiherr-vom-Stein-Medaille. In Schmalensee war er Ehrenbürgermeister.



Wolfgang Dudda ist am 27. Februar im Alter von 65 Jahren verstorben. Der Zollbeamte aus Bad Segeberg gehörte dem Landtag von 2012 bis 2017 als Mitglied der Piraten an. Er war in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) aktiv, baute innerhalb der GdP die Bezirksgruppe Zoll mit auf und engagierte sich ab 2009 in der neu gegründeten Piratenpartei. Zeitweilig gehörte er deren Bundesvorstand an, von 2016 bis 2017 war er Landesvorsitzender. Der Zollfahnder sei eine „markante Persönlichkeit“ gewesen, so Landtagsvizepräsidentin Beate Raudies, dem insbesondere der Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit, Rassismus und Rechtsextremismus am Herzen lag: „Wolfgang Dudda war ein warmherziger, mutiger Mensch, ein entschiedener Demokrat und vorbildlicher Parlamentarier, der leidenschaftlich für seine Überzeugungen kämpfte.“

Runde Geburtstage – Herzlichen Glückwunsch!

Gerhard Poppendiecker aus Heiligenhafen, von 1987 bis 2005 für die SPD im Landtag, hat am 26. Dezember seinen 85. Geburtstag gefeiert.

Rolf Olderog aus Oldenburg, von 1970 bis 1980 für die CDU im Landtag, anschließend bis 1998 im Bundestag, hat am 29. Dezember seinen 85. Geburtstag gefeiert.

Klaus-Peter Puls aus Reinbek (Kreis Stormarn), von 1992 bis 2009 für die SPD im Landtag, hat am 13. Januar seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Berndt Steincke aus Heide, von 1996 bis 2005 für die CDU im Landtag, hat am 5. März seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Uwe Jensen aus Borgwedel (Kreis Schleswig-Flensburg), von 1979 bis 1988 für die SPD im Landtag, hat am 10. März seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Burkhard Peters aus Hornbek (Kreis Herzogtum Lauenburg), von 2012 bis 2022 für die Grünen im Landtag, hat am 19. Februar seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Ein Jahr nach Russlands Angriff: Große Solidarität mit der Ukraine

Trauer um die Opfer und Entschlossenheit in der Unterstützung der Ukraine: Diese Stimmung herrschte am 24. Februar, dem Jahrestag des russischen Überfalls auf das Nachbarland, im Landtag vor. Das Parlament hatte zu einer Gedenkstunde in den Plenarsaal geladen. Neben Abgeordneten und Regierungsmitgliedern waren Vertreter von Bundeswehr, Polizei, Hilfsorganisationen, Kirchen sowie der ukrainischen Gemeinschaft nach Kiel gekommen.

Konsulin Tybinka

„Wir brauchen Ihre Unterstützung“

Nach einem Jahr Krieg sei ihr Land „leidgeprüft aber unbezwingbar“, sagte die ukrainische Generalkonsulin in Hamburg, Iryna Tybinka. Sie dankte Deutschland für die Aufnahme von Flüchtlingen und für die militärische und finanzielle Hilfe. Die Ukrainer wollten den Frieden „mehr als jeder Pazifist auf der Welt“, erklärte die Konsulin, aber „wir wurden gezwungen, die Waffen in die Hand zu nehmen“. Den Westen rief sie zu einer „Politik der Einigkeit und der Konsequenz“ auf: „Mein Land braucht Ihre Unterstützung und Ihre Waffen“, denn diese Waffen würden „Leben beschützen“. Russland wolle die Ukraine „von der Erde tilgen“, so Tybinka: „Wir haben es mit dem absolut Bösen zu tun.“ An die Menschen in Deutschland appellierte sie, an den Sieg der Ukraine zu glauben, denn „es darf keine Alternative zum Sieg des Guten gegen das Böse geben“.

Politikwissenschaftler Masala

„Die Ukraine muss gewinnen“

Carlo Masala, Professor für Internationale Politik an der Bundeswehr-Universität München, mahnte ebenfalls eine dauerhafte Unterstützung an: „Wir müssen alles dafür tun, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnt und dass Russland ihn verliert.“ Denn falls Russland sich durchsetzen sollte, wäre das „nicht das Ende des Landhungers“. Andere Länder wie Moldawien, Georgien oder die baltischen Staaten wären dann die nächsten Ziele des „neoimperialen“ Russlands. Präsident Putin, aber auch die chinesische Führung, zielten „auf eine permanente Zerstörung der liberalen Weltordnung ab“. Vom Widerstandskampf der Ukrainer zeigte sich Masala beeindruckt: „Gegen den Freiheitswillen der Ukrainer hat



Stehende Ovationen gab es im Plenarsaal für die ukrainische Generalkonsulin Iryna Tybinka. Links: Landtagspräsidentin Kristina Herbst.

Putin längst verloren.“ Der Kampf der Ukraine sei auch für Deutschlands Zukunft entscheidend: „Die Freiheit unserer demokratischen Gesellschaft wird gerade in Kiew, Bachmut, Cherson und Lwiw verteidigt.“



Prof. Carlo Masala tritt entschieden für Waffenlieferungen an die Ukraine ein. Der russische Angriffskrieg habe „viele heilige Kühe der deutschen Außenpolitik zerschreddert“, so der aus Talkshows und Podcasts bekannte Politikwissenschaftler.

Landtagspräsidentin Herbst

„Ihr seid hier bei Freunden“

„Wir verneigen uns vor den vielen Opfern dieses Krieges“, sagte Landtagspräsidentin Kristina Herbst und blickte auf die politische Debatte in Deutschland. Dass über Waffenlieferungen diskutiert werde, sei normal, „aber was mich wirklich befremdet, sind Leute, die meinen, das alles habe mit ihnen nichts zu tun, und die gegen eine Unterstützung der Ukraine sind“. Eine solche Einstellung mache sie „fassungslos“. Putin wolle das ukrainische Volk „mit aller Grausamkeit unterdrücken und auslöschen“. Dies sei auch für Deutschland eine Bedrohung. Herbst wies darauf hin, dass viele Ukrainer auf ihrer Flucht vor russischen Bomben- und Raketenangriffen Zuflucht in Schleswig-Holstein gefunden haben. An die Geflüchteten gerichtet sagte die Präsidentin: „Ihr habt hier einen sicheren Ort, Ihr seid hier bei Freunden!“ Sie dankte zugleich den vielen Menschen in Schleswig-Holstein, die bei der Betreuung der Flüchtlinge Großartiges leisteten.



Der Historiker Prof. Uwe Danker hielt seinen Gedenkvortrag vor rund 120 geladenen Gästen im Plenarsaal.

90 Jahre „Machtergreifung“: Beginn der „Zustimmungsdiktatur“

Die Herrschaft der Nationalsozialisten zwischen 1933 und 1945 war eine „Zustimmungsdiktatur“, getragen vom Einvernehmen eines großen Teils der deutschen Bevölkerung. Darauf hat der Historiker Prof. Uwe Danker in der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus Ende Januar erinnert. „Die meisten unserer Eltern, Großeltern und Urgroßeltern trugen die NS-Herrschaft, sie wollten dieses Deutschland und dieses Zusammenleben, jedenfalls im Großen und Ganzen“, so der Direktor der Forschungsstelle für regionale Zeitgeschichte der Uni Flensburg.

Beim alljährlichen Gedenken an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 stand dieses Mal der Beginn der Nazi-Herrschaft im Blickpunkt, der sich in diesem Jahr zum 90. Mal jährt. Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg den „Führer“ der NSDAP, Adolf Hitler, zum Reichskanzler. Der von den Nationalsozialisten als „Machtergreifung“ verklärte Vorgang hatte dramatische Folgen: Innerhalb von Wochen verdrängten die Nationalsozialisten ihre konservativen Koalitionspartner im Kabinett und zerstörten Demokratie und Rechtsstaat. Politische Gegner und Angehörige von Minderheiten wurden verfolgt, enteignet und ermordet. Das Inferno des Zweiten Weltkriegs riss ganz Europa in den Abgrund.

All dies war bereits zu Beginn des NS-Regimes angelegt, so Danker. „In atemberaubendem Tempo“ lösten die neuen Herrscher Parteien, Verbände und Gewerkschaften auf und machten sich den öffentlichen Dienst zum „Beuteobjekt“. Ein Großteil der Menschen fügte sich „beflissen“ in die neue Ordnung, während Demokraten und Juden, später auch als „asozial“ Verunglimpfte, Homosexuelle sowie Sinti und Roma aus der „Volksgemeinschaft“ ausgegrenzt und terrorisiert wurden.

„In Monaten war die NS-Herrschaft errichtet, getragen von angepassten staatlichen Institutionen und auch einer zunehmend euphorisierten, einschwenkenden Bevölkerungsmehrheit“, unterstrich der Historiker.

NS-Hochburg Schleswig-Holstein

Der Terror gegen Andersdenkende sei für jeden sichtbar gewesen, betonte Danker und verwies auf Beispiele aus Schleswig-Holstein aus dem Jahr 1933. So ermordeten SA- und SS-Leute den



Dov-Levy Barsilay, Landesrabbiner der Jüdischen Gemeinschaft Schleswig-Holstein (am Pult), und Gothart Magaard, Bischof im Sprengel Schleswig-Holstein der evangelisch-lutherischen Kirche (li.), beendeten die Gedenkstunde mit Gebeten.

Arbeitersportler Otto Fabian aus Kellinghusen, den Rechtsanwalt Wilhelm Spiegel aus Kiel und den Redakteur Fritz Solnitz aus Lübeck. Polizei und Justiz blieben stumm, auch nach 1945 seien die Taten nicht gesühnt worden, so Danker: „Bereits am Beginn der NS-Herrschaft werden Gewaltakte von staatlichen Stellen geduldet, befördert oder selbst durchgeführt. Polizei und Justiz, öffentliche Verwaltungen paktieren, lassen die Opfer im Stich. Sie sind bereits Akteure des Unrechts.“

Danker verwies darauf, dass Schleswig-Holstein schon vor 1933 eine Nazi-Hochburg war, und dass die NSDAP im Norden bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 einen Stimmenanteil von 53,3 Prozent erreichte – zehn Prozent über dem deutschlandweiten Schnitt. „Ängste vor der Moderne, Idealisierung von Blut, Boden und Scholle“ sowie Antisemitismus und Nationalismus hätten insbesondere bei der Landbevölkerung zwischen Nord- und Ostsee verfangen, hob der Historiker hervor.

Zum Auftakt der Gedenkstunde hatte Landtagsvizepräsidentin Eka von Kalben auf die Aktualität der Ereignisse vor 90 Jahren hingewiesen: „Es ist auch dieses schwierige Erbe, das uns, die wir heute politische Verantwortung tragen, verpflichtet, unseren freiheitlichen Rechtsstaat wehrhaft zu verteidigen.“ Denn politischer Extremismus, Antisemitismus, Rassismus und andere Formen von Menschenhass seien nicht aus der Welt verschwunden. „Es liegt an uns, diese Angriffe auf die Grundlagen unseres Zusammenlebens auch in Zukunft entschlossen zurückzuweisen.“



Die Mitglieder des Runden Tisches „SHalom&Moin“ im Landeshaus

Runder Tisch „SHalom&Moin“ gegen Antisemitismus

Ein Anfang März ins Leben gerufener Runder Tisch setzt sich für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus ein. Bei der Unterzeichnung der Gründungsvereinbarung im Landeshaus betonte die Vorsitzende des Gremiums, Landtagspräsidentin Kristina Herbst, jüdisches Leben sei untrennbarer Teil der Kultur und Geschichte in Deutschland. Allerdings sei das nicht immer allen bewusst, und das jüdische Leben sei nicht immer sichtbar. Eine Aufgabe des Runden Tisches unter dem Motto „SHalom&Moin“ sei es, das jüdische Leben wahrnehmbarer zu machen. „Nur so gelingt es uns, ein neues Bewusstsein zu schaffen und auch den kommenden Generationen die Selbstverständlichkeit jüdischen Lebens zu verdeutlichen“, sagte Herbst: „Das ist ein ganz wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung des Antisemitismus.“

Bildungsministerin Karin Prien forderte, Antisemitismus beim Namen zu nennen

und den Kampf dagegen zur sozialen Norm zu machen. „Und wir müssen ihn mit einer konsequenten Strafverfolgung bekämpfen.“ Der Beauftragte für das jüdische Leben und gegen Antisemitismus, Gerhard Ulrich, unterstrich: „Wer gegen das jüdische Leben redet oder handelt, fordert die ganze Gesellschaft heraus.“ Für den Vorsitzenden des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein, Walter Blender, war der Tag der Gründung des Runden Tisches historisch. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinschaft Schleswig-Holstein, Igor Wolodarski, betonte, der Runde Tisch solle die Arbeit der interministeriellen Arbeitsgruppe beim Landesaktionsplan gegen Antisemitismus begleiten und eigene Erwartungen formulieren.

Der Landtag hatte 2021 zum Jubiläum „1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“ die Einrichtung des Runden Tisches beschlossen.

Ihm gehören Vertreter aus der Landespolitik und den jüdischen Gemeinden an.

„Brüsseler Erklärung“ beschlossen

Die Präsidenten der Landtage von Deutschland, Österreich, Südtirol und der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens fordern ebenfalls, den Kampf gegen Antisemitismus zu forcieren. Mit diesem Appell endete Ende Januar das Treffen der Parlamentsoberhäupter in Brüssel. Die Vertreter der Regionalparlamente drücken in einer „Brüsseler Erklärung“ ihre Sorge über einen wachsenden Hass auf Juden aus. „Als Integraler Bestandteil der europäischen Kultur gilt es, das jüdische Leben im Dialog mit der Zivilgesellschaft in allen Regionen der EU zu schützen und zu fördern“, heißt es in der Erklärung. Der Schleswig-Holsteinische Landtag wurde durch Landtagspräsidentin Kristina Herbst vertreten.

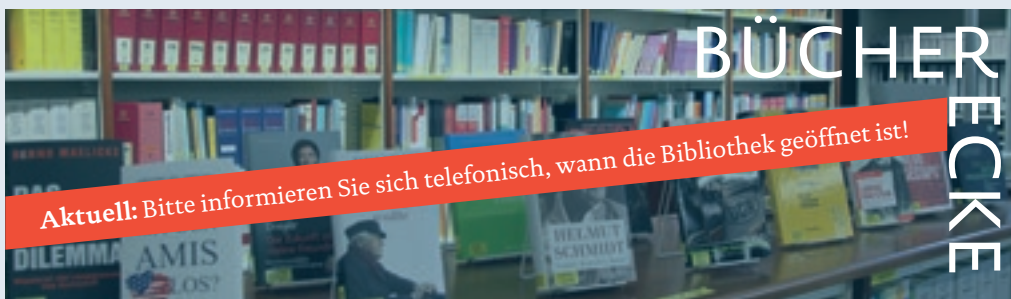
Handbücher und Verfassung neu aufgelegt

Das neue Handbuch des im Vorjahr gewählten Landtages liegt nun vor. Es besteht aus zwei Teilen: Band 1, „Abgeordnete und Organisation“, enthält die Biografien der 69 Parlamentarier sowie Informationen zum Aufbau des Landtages, seiner Verwaltung und zur Besetzung der Ausschüsse. Band 2, „Parlamentsrecht“, ist 715 Seiten stark und richtet sich insbesondere an juristisch Interessierte. Er enthält das Grundgesetz,

die Landesverfassung, die Geschäftsordnung des Landtages sowie zentrale Gesetzestexte wie das Abgeordnetengesetz, das Fraktionsgesetz und das Wahlgesetz. Die Landesverfassung gibt es zudem in kompakter Form – alle 70 Artikel auf 68 Seiten.



Die Bände sind kostenlos erhältlich unter bestellung@landtag.ltsh.de sowie telefonisch: 0431/988-1639.



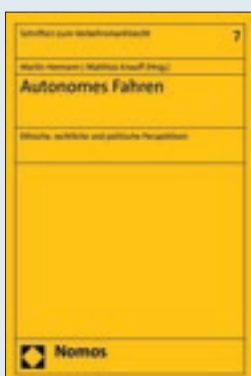
Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landtages herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



Politik abseits der Parteien: Wählergemeinschaften in Deutschland/Michael Angenendt. – Wiesbaden: Springer, 2021. – XV, 323 S.

Bei der Kommunalwahl im Mai werden Wählergemeinschaften voraussichtlich wieder rund die Hälfte der Mandate in Städten und Gemeinden erringen. Oft stehen sie allein auf den Wahlzetteln, wenn es keine Ortsvereine größerer Parteien gibt. Sie gelten als lokale Alternative zur „großen“ Politik. In seiner Studie geht der Düsseldorfer Politikwissenschaftler Michael Angenendt der Frage nach, ob die Selbstdarstellung von Wählergemeinschaften als Gegenmodell zu den in Landes- und Bundespolitik etablierten Parteien zutrifft. Sind Wählergemeinschaften faktisch Parteien, oder unterscheiden sie sich substantziell?



Autonomes Fahren: ethische, rechtliche und politische Perspektiven/Martin Hermann; Matthias Knauff (Hrsg.). – Baden-Baden: Nomos, 2021. – 112 S.

Die Digitalisierung hat im Verkehrsbereich das Potenzial, den Menschen als Akteur überflüssig zu machen. Diesem Band liegen Vorträge einer Tagung im April 2021 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena zugrunde, die ethische, politische und rechtliche Aspekte des autonomen Fahrens sowie dessen Bedeutung für den ÖPNV erörtern. Zum Beispiel: Dürfte der Gesetzgeber das selbständige Fahren verbieten, weil eine Lenkung per Computer sicherer ist? Oder: Was passiert mit den Bildern, die die Kameras in computergesteuerten Autos aufzeichnen?



Zeitenwende: Die Fischer vom Holm in Schleswig an der Schlei/Holger Rüdell. – Kiel/Hamburg: Wachholtz, 2021. – 137 S., zahlreiche Schwarzweiß-Fotografien

Die Fischerei in Schleswig blickt auf eine jahrhundertealte Geschichte zurück. Doch in wenigen Jahren könnte diese Tradition zu Ende gehen und die letzten Berufsfischer vom Holm aus dem Alltag verschwunden sein. Vor diesem Hintergrund ist Holger Rüdell ein bildgewaltiges Werk gelungen, das sowohl das Handwerk und den Alltag als auch die Menschen in berührenden Bildern einfängt und festhält. Zwei Jahre hat er Holmer Fischer begleitet und sie und ihr Leben in mehr als 10.000 Aufnahmen porträtiert. Die 89 besten Fotos finden sich in diesem Bildband, ergänzt durch Texte von Svend Duggen und Anke Carstens-Richter.

Zeitschriftenabo

„Der Landtag“ kommt zu Ihnen ins Haus – vier Mal im Jahr und natürlich kostenfrei!

Wenn Sie die Landtagszeitschrift abonnieren möchten, wenden Sie sich bitte an:

Schleswig-Holsteinischer
Landtag L 1415
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Fax: 0431 988-1639
bestellung@landtag.ltsh.de

Impressum

Herausgeber:

Die Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Johannes Utzolino (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1268, johannes.utzolino@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Yvonne Windel, Detlef Ziep, Christian Lipovsek, Janine Wergin, Archiv des Landtages, Stadtarchiv Kiel, Landesarchiv Schleswig, dpa-Bildfunk, Kurt Michel/pixelio.de, Michael Grabscheit/pixelio.de, Domino/pixelio.de, Jom/Wikipedia, Springer-VS-Verlag, Nomos-Verlag, Wachholtz-Verlag, Erich Westendorp/pixelio.de, Thorben Wengart/pixelio.de, BlackJack3D/istockphoto.de, boschetto/photography/istockphoto.de

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de

Gestaltung, Layout:

AlsterWerk MedienService GmbH
Billstraße 103, 20539 Hamburg

Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH
Billstraße 103, 20539 Hamburg

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)

Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit, L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1639, Fax 0431/988-1119, bestellungen@landtag.ltsh.de

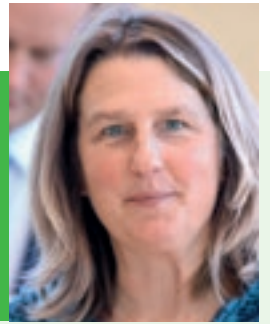
Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 3. April 2023

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de

Silke Backsen, Grüne

geb. am 2. September 1969
in Dortmund,
Diplom-Biologin,
wohnt auf Pellworm,
evangelisch, geschieden,
vier Kinder



Welches Ereignis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Ich finde es schwierig, genau abzugrenzen, wann man in die Politik geht und wann nicht. Politisch interessiert bin ich bereits mein ganzes Leben lang, und als Kind des Ruhrgebietes war ich schon in meiner Jugend ‚in der Politik‘ – Atomkraft, Kohleabbau und ein geteiltes Land waren und sind ja politische Themen. In den letzten Jahren hat mich allerdings unsere Klimaklage wirklich dazu gebracht, in die Politik zu gehen.“

Was ist Ihr Lieblingsbuch – und warum?

„Zum Abschalten lese ich gerne schöne und einfache Geschichten wie zum Beispiel ‚Eat, Pray, Love‘. Ich bin aber auch ein großer Fan der Harry-Potter-Bücher.“

Wen möchten Sie gerne persönlich kennenlernen?

„Michelle Obama – sie ist für mich eine unglaublich starke Frau mit Witz, Charme und einer strahlenden Überzeugungskraft. Sie ermutigt so viele junge Frauen weltweit, aufzustehen, sich zu verbünden und für die eigenen, gleichberechtigten Rechte und Werte zu kämpfen. Ich bewundere ihre Art des Empowerments und würde sie tatsächlich gerne mal persönlich kennenlernen.“

Welche drei Gegenstände nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

„Da ich ja bereits auf einer einsamen Insel lebe, ist die Frage schwer zu beantworten – vor allen Dingen, da ich dort mehr als drei Dinge habe. Bezogen auf einen einsamen Inselurlaub würde ich drei gute Bücher mitnehmen! Aber bezogen auf eine einsame Insel und für den Notfall würde ich mir Samen mitnehmen für Getreide und Gemüse, ein Fernglas zum Beobachten und Feuer machen und ein Taschenmesser.“

Was bringt Sie auf die Palme?

„Ganz einfach gesagt sind es drei plattdeutsche Sprüche und ihre Bedeutungen beziehungsweise Auswirkungen:

‚Dat hem wi schon immer so makt‘ – Das haben wir schon immer so gemacht.

‚Dat hem wi noch nie so makt‘ – Das haben wir noch nie so gemacht.

‚Dat wart nix‘ – Das wird nichts.

Für mich ist es wichtig, dass wir offen sind für neue Gedanken und Wege, denn es gibt tatsächlich NICHTS, was wir schon immer so oder so gemacht haben. Die Welt war und ist im Wandel. Wenn wir Dinge noch nie so oder so gemacht haben, dann wird es Zeit, es mal auszuprobieren. Nur durch Mut, Fehler und neuen Mut gibt es Fortschritt und Entwicklung. Das ist übrigens in unserer DNA, ansonsten gäbe es auch keine Evolution. Und ohne etwas zu probieren, kann man in den meisten Fällen auch nicht wissen, ob es klappt oder nicht.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Es gibt ein paar Punkte, die wirklich besser werden sollten. Ganz oben steht bei mir der Klimawandel. Wir in Schleswig-Holstein sind Vorreiter im Ausbau der Erneuerbaren, aber der Klimaschutz umfasst alle Sektoren und Bereiche. Hier müssen wir ambitionierter werden und endlich in die Umsetzung kommen, um CO₂ einzusparen. Ich lebe schon seit vielen Jahrzehnten in Schleswig-Holstein, in diesem wunderbaren Land zwischen den Meeren, und ich mag das Landleben und die Inseln. Der demografische Wandel stellt allerdings besonders im ländlichen Raum ein Problem dar, aber auch die Abwanderung junger Menschen. Hier müssen wir besser werden und für eine gute Daseinsvorsorge und Lebensqualität sorgen.“



Hermann Junghans, CDU

geb. am 17. September 1965
in Lübeck,
Rechtsanwalt,
wohnt in Lübeck,
drei Kinder

Welches Ereignis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Das waren die Diskussionen im Geschichtsunterricht, vor allem zur deutschen Teilung. Außerdem hat mich die Sorge um unsere natürlichen Ressourcen bewegt. In der politischen Mitarbeit habe ich auch die Chance gesehen, Beiträge zu leisten, die eine nachhaltige Wirkung haben können.“

Was ist Ihr Lieblingsbuch – und warum?

„Bei rund drei- bis viertausend Büchern, die ich habe, fällt mir die Entscheidung schwer. Am ehesten wären es wohl die wichtigsten Bücher über die Geschichte der Philosophie. Das sind aber schon mindestens 50.“

Wen möchten Sie gerne persönlich kennenlernen?

„Wenn das noch möglich wäre, dann Winston Churchill.“

Welche drei Gegenstände nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

„1. Einen Laptop, wenn es dort WLAN und einen Stromanschluss gibt,
2. Ein dickes Notizbuch
3. Ein selbstgeschriebenes Buch – zum Überarbeiten für eine neue Auflage.“

Was bringt Sie auf die Palme?

„Unzuverlässigkeit!“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Aus meinem Aufgabenbereich: Den Zugang zum Recht durch übersichtliche, digitale Landesrechtssammlungen verbessern. Unser kulturelles Erbe mit einem für die Bevölkerung nachvollziehbaren Denkmalschutz effektiver schützen.“



Eine sechsköpfige Delegation aus den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), angeführt von Umweltministerin Mariam Al Mheiri (li.), war Mitte Januar in Kiel. Die VAE beliefern das neue LNG-Terminal in Brunsbüttel mit Gas, sind aber auch an einer Kooperation im Bereich Windkraft interessiert. Als Gastgeschenk überreichte Landtagspräsidentin Kristina Herbst ein Bild der Kieler Förde.

Zu Besuch im Landeshaus

Der schwedische Botschafter Per Anders Thöresson war Ende Februar Gast im Europaausschuss. Schweden hat im ersten Halbjahr 2023 die EU-Ratspräsidentschaft inne. Zu den Zielen der Skandinavier gehört es, die EU grüner, sicherer und freier zu gestalten. Links: die schwedische Honorarkonsulin in Kiel, Glenny Holdhof.



Das „Instrument des Jahres 2023“ ist die Mandoline. Der Landesmusikrat präsentierte das Zupfinstrument Mitte Januar im Schleswig-Holstein-Saal. Der renommierte israelische Musiker Avi Avital gab Landtagspräsidentin Kristina Herbst Tipps zum Umgang mit der „Geige der Arbeiter“.

Angelina Kamp, Mignon Remé und Oliver Hermann vom Hamburger Axensprung-Theater führten Anfang Februar vor 150 Gästen das Stück „Freiheit! 1848. Ein europäischer Traum“ auf. Anlass war das 175. Jubiläum des Revolutionsjahres 1848. Der Landesbeauftragte für politische Bildung, Christian Meyer-Heidemann, hatte die Darbietung ins Landeshaus geholt.



Die Gewinner des Schülerzeitungswettbewerbs grüßten Anfang Februar von der Treppe in den 1. Stock des Landeshauses. Die Jugendpresse Schleswig-Holstein ehrte auch in diesem Jahr die besten Leistungen der Jungredakteure in verschiedenen Kategorien. Die Sieger nehmen am Bundesentscheid teil.



Termine, Termine, Termine ...

Petitionsausschuss bietet Sprechstunden an

Wer sich in Schleswig-Holstein durch staatliche Stellen ungerecht behandelt fühlt, kann sich an den Petitionsausschuss des Landtages wenden. Die Geschäftsstelle des Ausschusses bietet nun Beratung beim Formulieren einer Petition in einer neuen Sprechstunde: jeden

ersten Dienstag im Monat zwischen 8 und 9 Uhr sowie zwischen 16 und 17 Uhr. Dort können auch Petitionen zu Protokoll gegeben werden. Ziel sei ein noch bürgerfreundlicheres, niedrigschwelliges Verfahren, so der Ausschussvorsitzende, der CDU-Abgeordnete Hauke Göttisch. Der zusätzliche Service ergänzt die Bürgersprechstunden, die einzelne Ausschussmitglieder vor Ort anbieten.

Voranmeldungen sind unter [Tel. 0431/988-1018](tel:04319881018) oder an petitionsausschuss@landtag.ltsh.de nötig. Wer keine Möglichkeit hat, ins Landeshaus zu kommen, kann das Angebot auch per Videokonferenz wahrnehmen. Weitere Informationen gibt es auf der Homepage des Landtages www.landtag.ltsh.de unter dem Reiter „Petitionen“.

175 Jahre 1848: Ausstellung zur Frühzeit der Demokratie

„Auf dem Weg zur modernen Demokratie – die deutschen Freiheitsbewegungen von der Französischen Revolution bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts“ – so heißt eine Ausstellung, die noch bis zum 27. April im Landtag zu sehen ist. Anlass ist das 175. Jubiläum der Revolution von 1848 und des Beginns der Schleswig-Holsteinischen Erhebung. Zu sehen sind Schautafeln und eine Videoinstallation mit

einem Quiz. Die Gesellschaft zur Erforschung der Demokratiegeschichte aus Weimar hat die Wanderausstellung entworfen, der Landtag steuert mehrere Aufsteller mit Schleswig-Holstein-Bezug bei. Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei, lediglich Reisepass oder Personalausweis werden benötigt. Ein barrierefreier Zugang ist gewährleistet.



Im März 1848 formierte sich in Kiel eine provisorische Regierung, die für die Einheit Schleswig-Holsteins sowie für demokratische Grundrechte eintrat. Die Ausstellung im Landeshaus verweist auch auf die App „Orte der Demokratie“.

Sprechtage der Bürgerbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, plant auch im Frühjahr Außensprechtage, um Bürger vor Ort zu beraten. Geplant sind folgende Termine:

Donnerstag, 6. April: Lübeck
Dienstag, 18. April: Heide
Donnerstag, 4. Mai: Lübeck
Dienstag, 16. Mai: Heide
Donnerstag, 1. Juni: Lübeck
Dienstag, 20. Juni: Heide

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 15:00 Uhr. Termine in **Heide** in der Kreisverwaltung, Stettiner Str. 30, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Hinzu kommen die „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 bis 18:30 Uhr. Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240. Weitere Termine sind nach Vereinbarung möglich.

Aktuelles unter www.sh-landtag.de, Rubrik „Beauftragte“